www.roteanneliese.ch

NR. 255 | SEPTEMBER 2020 | FR. 6.–

ROTE ANNELIESE

Seit 1973

Die kritische Stimme des Oberwallis

Mauer der Schande:
CVP, CSP und SVP gegen Spitalpersonal › Seite 3

Kündigungsinitiative:
Mehr Auszonungen und weniger Arbeitsplätze › Seite 4

CVP-Hammermörder:
Warum schauten bei Dr. Igor P. alle weg? › Seite 6

Lonza-Deponie:
Wer haftet für die Milliarden-Sanierung? › Seite 7

Hans Fässler:
Die Schweiz und der Handel mit Sklaven › Seite 22-25

Fauler Viola-Zauber:
Kauft sie Flugzeuge gleich ein wie Masken? › Seite 32

Na hallo, Klimajugend!

Vor bald 50 Jahren zog ein Teil der revolutionären Jugend um die Häuserecken und skandierte: «Wer hat uns verraten, die Sozialdemokraten. Wer noch, die POCH.» Hat nicht viel gebracht.

Jetzt regt ihr euch über die SP und die Grünen auf, die kein brauchbares Konzept für den schnellen ökologischen Umbau haben. Zu Recht. Die SP hat Angst um ihren zweiten Bundesratssitz. Die Grünen möchten einen. Alle passen sich an. Ihr wollt diesen Anpassern mit direkten Aktionen auf die Sprünge helfen.

Gut und recht. Nur wird das zu wenig bewirken. Denn erstens braucht ihr, braucht die Klimajugend einen Plan, wie die Schweiz innert zehn Jahren klimaneutral werden kann. Und wenn ihr soweit seid, müsst ihr eine rattenscharfe Volksinitiative mit anschieben. Weil die Gletscher-Initiative einfach zu brav ist.

Angesichts des technischen Fortschritts führen viele Wege nach Rom. Wir zeigen auf, wie es auch gehen könnte. Nach unserer Ansicht ist dies heute ein Sonntagsspaziergang. ■

ROTE ANNELIESE
– SEIT 1973 –

IMPRESSUM

AUSGABE
September 2020, RA 255

AUFLAGE
1'200 Exemplare

HERAUSGEBER
Verein Rote Anneliese
Postfach 441
3900 Brig-Glis

VERANTWORTLICHER
Reinhard Jossen

INTERNET
www.roteanneliese.ch

FACEBOOK
facebook.com/rote.anneliese

KONTAKT
Zu erreichen unter E-Mail:
rote.anneliese@rhone.ch

MITWIRKENDE
Peter Bodenmann, German Eyer, Hans Fässler, David Gundi, Daniel Lampert, Odilo Noti, Doris Schmidhalter-Näfen, Dragana Vidic, Peter Volken

LAYOUT
Martina Studer

KARIKATUR
Felix Grundhöfer (Dicke Eier)

ADMINISTRATION
Rote Anneliese

DRUCK
Interner Digitaldruck

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser

Sotomo-Studie, Coronavirus und Klimaneutralität bis 2033

Erstmals haben wir wissenschaftlich bewiesen, dass Randregionen wie das Oberwallis von einer Flugticketabgabe, vorab wenn sie voll zurückerstattet wird, massiv profitieren würden. Der Tages-Anzeiger und die Tagesschau des Schweizer Fernsehens berichteten darüber. Die Bayard-Medien schwiegen sie tot. Typisch. Alle Abonnenten der Roten Anneliese erhalten die vollständige Studie, da wir wegen der Corona-Krise eine Pause einlegten.

Die Corona-Krise zeigt auf: Neue Erkenntnisse führen zu neuen Resultaten. So etwa wird die Versorgung des eigenen Landes mit lebenswichtigen Gütern immer wichtiger. Wir haben deshalb unsere Vorschläge für den schnellen ökologischen Umbau überarbeitet.

Wir sind überzeugt, dass unser Konzept funktioniert. Denn wir haben mit der bestehenden Wasserkraft einen entscheidenden Trumpf in der Hand. Sodann besitzt die Schweiz in Sachen Solarenergie – verglichen etwa mit Österreich und Deutschland – die mit Abstand besten Voraussetzungen. Vorab im Wallis. Und schliesslich übertrifft der technische Fortschritt alle Erwartungen.

Wir wollen unsere klimapolitischen Positionen verbessern und verfeinern. Deshalb freuen wir uns auf Kritik und Anregung.

Gefreut hat uns auch das Inserat des Kohlegiganten RWE.

RWE war bisher der King der dreckigen Kohle. Jetzt wird dieser Mega-Verschmutzer bis 2040 klimaneutral sein. Simonetta Sommaruga will dieses Ziel erst 2050 erreichen. Und Roberto Schmid sogar erst 2060.

Die Klimajugend fühlt sich von der SP und den Grünen verraten. Sie hat leider Recht.

Alle, die den ökologischen Umbau wollen, müssen erstens ein funktionierendes, mehrheitsfähiges Konzept erarbeiten. Und dann eine neue Volksinitiative starten, die wie die Alpen-Initiative für notwendige Bewegung sorgt. – Wir bleiben dran. ■

Inhalt

europapolitik
Die Herrliberger: zu viel ist zu viel 4

europapolitik
Weniger Dumping, bessere Löhne 5

kritischpolitisch
Oberwalliser Klassenjustiz 6

lonzadeponie
Unsere zwei Problembären 7

lonzachemie
Mehr wert als die UBS 8

kritischpolitisch
Mehr Frauen braucht das Land 9

klipptipp
Videos via QR-Code anschauen 10-11

blickwinkel
Es wäre fantastisch, wenn ... 12

newclimate2020
Der schnelle ökologische Umbau 13-14

newclimate2020
Eine rattenscharfe Volksinitiative 15

newclimate2020
Der Klimaplan von RA und work 16-21

wirklichgeschichtlich
Die Schweiz und die Sklaverei 22-25

dickeeier
Dicke Eier 26-29

kulturellaktuell
Agenda und Veranstaltungen 30-31

wissenswert
Katze im Sack 32

Spital in Rennaz – nix im Griff

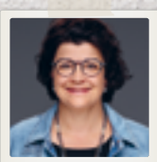
Beim Neubau des Spitals Riviera-Chablais in Rennaz sind die Baukosten total aus dem Ruder gelaufen. Verständlich. Erstens hatten die beiden Kantone Waadt und Wallis keine Kostenkontrolle etabliert. Und zweitens waren die Budgets zu optimistisch. Mit im Boot sass Alt-Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet, der schon beim Autobahnbau im Oberwallis fast alles vergeigt hatte. Die Direktion des Spitals nahm kurzerhand einen Kredit von 20 Millionen Franken bei der Bündner Kantonalbank auf. Einfach so. Die zuständigen Staatsrätinnen machen gute Miene zum grossen Defizit.

Occasionsspital statt Neubau in Brig

In Brig entsteht ein Occasionsspital. Es wird uns am Ende pro Zimmer mehr kosten als das Spital in Rennaz. Dies versuchen die Verantwortlichen zu verschleiern. Ein Beispiel unter vielen: Anstatt die Kraft der Sonne zu nutzen und die Wärme kostengünstig mit Wärmepumpen zu produzieren, bezieht man Strom und Wärme zu teuer von der EnBAG, die für elf Millionen Franken eine ineffiziente und überteuerte Energiezentrale erstellt. Die Bomben der nächsten Kostenexplosionen ticken bereits.

Bisher ist die Bauherrschaft – trotz gegenteiliger Zusagen – mit den Einsprechern noch nicht einmal zusammengekommen. Einen ersten Erfolg können diese immerhin verbuchen: Die Spitalzimmer sollen jetzt gekühlt werden.

DIE VIER AUFRECHTEN


Barbara Eyer Jaggy

Reinhold Schnyder

Doris Schmidhalter-Näfen

Gilbert Truffer

Diese vier Grossrätinnen und Grossräte aus dem Oberwallis haben für das Spitalpersonal gestimmt. Ihnen müssen wir den Rücken stärken.

Die Solidaritätswelle

Die Gäste, die das Wallis besuchen, erhalten Gutscheine im Wert von 15 Millionen Franken. Die Aktion wurde von Tourismus Wallis exakt zum falschen Zeitpunkt gestartet – als alle Hotels und Ferienwohnungen bereits gut gebucht waren. Man hätte zuwarten müssen. Und man hätte auch zuwarten können.

Klar dagegen ist: Die Corona-Krise bedeutete für alle, die an der Front arbeiten mussten, einen physischen und psychischen Stress. Auch weil niemand wusste, was alles noch auf einen zukommen würde.

Quer durch alle Parteien wurde der Einsatz der Ärztinnen und Ärzte sowie des Pflegepersonals gerühmt. Die Menschen gingen auf die Balkone und klatschten Beifall. Zu Recht.

Wahltag ist Zahltag

Im Walliser Spitalwesen arbeiten 5000 Menschen. Sie gingen davon aus, dass Staatsrat und Grossrat ihnen mit einem Zeichen der Anerkennung danken würden.

Genau dies hatte Gilbert Truffer am 7. September 2020 mit seinem Vorstoss verlangt. 25 von 26 rechten Oberwaliser Grossrätinnen und Grossräten verpassten dem Spitalpersonal eine eiskalte Dusche. Sie wollten keinen Finger rühren für all jene, die den Ausbruch einer Pandemie mit verhindert hatten.

Im Herbst sind Gemeinderatswahlen. Im Frühling Gross- und Staatsratswahlen. Für die Ohrfeige, die sie dem Spitalpersonal verabreicht haben, verdienen die 25 Damen und Herren von der CVP, der CSP und der SVP eine Quittung.

Sie sollen die Stimmen bei jenen Gästen aus der Deutschschweiz suchen, denen sie 100 Franken Gutscheine verschenkt haben. ■

Industrie und Tourismus sind auf die Bilateralen angewiesen

Wenn alle so viel Siedlungsgebiet beanspruchen würden wie Silvia und Christoph Blocher, dürften nach der SVP-Logik in der Schweiz nur 240'000 Menschen leben.

Zu viel ist zu viel!

NEIN

zur Begrenzungs-initiative

www.infosperber.ch

Blick zurück

1992 ging die EWR-Abstimmung nur wegen den Grünen und wegen verwirrten Sozialdemokraten verloren. Sie wollten im Alleingang eine ökologische Schweiz aufbauen. Ging leider völlig daneben, wie unser Klima-Dossier aufzeigt. Und Blocher erwähnt seine Wasserträger mit keinem Wort. Undank ist der Herrliberger Lohn.

Diesmal sieht es nicht gut aus für den Übervater. Seine Tochter Magdalena Martullo-Blocher ist verglichen mit dem Alten keine Sympathieträgerin. Dass er nachträglich 2,7 Millionen Rente vom Bund will, verstehen auch viele in den eigenen Reihen nicht mehr. Der Brexit – das einstige Vorbild – ist ein Flop. Die Grünen sind diesmal grossmehrheitlich im richtigen Lager.

Bilaterale statt EWR

Niemand will den EWR verlassen. Im Gegenteil: Island, Norwegen und selbst Liechtenstein fühlen sich pudelwohl.

Die von der SVP propagierte Alternative zum EWR waren vor 28 Jahren die Bilateralen. Schritt für Schritt wurden die damaligen Bedenken aus dem Weg geräumt. Die Personenfreizügigkeit wurde dank relativ harten flankierenden Massnahmen ein Erfolg. Genauso wie die Aufhebung der 28-Tonnen-Limite, dies dank den hohen leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgaben.

Jetzt will die SVP diese Fortschritte zerstören. Die Gewerkschaften haben ein fantastisches Video erstellt, dass die Logik der Herrliberger Herrscher Familie erklärt. Unser Tipp: Klicken Sie es auf der Seite 11 «Klick-Tipps» an.

Guggenbühl vom Feinsten

Wir empfehlen allen Leserinnen und Lesern, einmal pro Woche die Internet-Plattform *infosperber* zu besuchen. Hier schreiben auch die ehemaligen Redaktoren der Roten Anneliese, Kurt Marti und Tobias Tscherrig. Sowie neben anderen Hanspeter Guggenbühl.

Guggenbühl dokumentiert folgende fantastische Geschichte:

- Silvia und Christoph Blocher wohnen auf einem Grundstück von 14'000 Quadratmetern.
- Sie beanspruchen pro Person 36 Mal mehr Siedlungsfläche als eine Zürcherin oder ein Zürcher.
- Zur Zeit wird wieder fleissig betoniert, um die Burg auszubauen.

In der Schweiz dürften nicht einmal 250'000 Personen leben, wenn alle so viel Siedlungsfläche wie die Blochers beanspruchen würden. Seien wir nicht päpstlicher als die Ökopäpste – Betonbauten in Herrliberg sind ökologischer als eine Jacht vor Malta. Was aber gar nicht geht: Inserate gegen die Zersiedelung und Verbetonierung der Schweiz zu finanzieren und gleichzeitig seinen eigenen Betonhorst auszubauen.

Auszonungen und Lonza

Franz Ruppen schiebt die Auszonungen in Naters auf die lange Bank. Er will das heisse Dossier seinem Nachfolger überlassen, sofern er denn in den Staatsrat gewählt wird.

Die Annahme der Kündigungsinitiative würde die Oberwalliser Gemeinden zwingen, noch mehr Bauland auszuzonen. Die Ungerechtigkeiten würden noch grösser, weil Bund, Kanton und Gemeinden das Gesetz nicht – wie von der SP vorgeschlagen – mit Baulandumlegungen lösen wollen.

Jede Stimme für die Initiative ist eine Stimme für die Auszonung. – Das Oberwallis boomt trotz Corona. Vorab dank Industriebetrieben wie der Scintilla und der Lonza. Bisher litten wir unter Abwanderung. Neu können wir auf Zuwanderung hoffen, weil die Lonza viele hochqualifizierte Fachkräfte braucht. Diese laufende Blutauffrischung tut dem Oberwallis gut.

Hinzu kommt: Der Tourismus ist eine Exportindustrie mit Standort Wallis. Er braucht keine Schereien mit der EU.

Industrie und Tourismus sind auf die Bilateralen angewiesen. Das sollte niemand besser wissen als Michael Graber, der einen Sitz im hochdotierten Verwaltungsrat der Kantonalbank anstrebt. Und bereit ist, dafür alle politischen Mandate aufzugeben. Wir unterstützen die Wahl des neuen Pierre-Alain Grichting 2.0. ■

14'000 Quadratmeter Arealfläche: Erstwohnsitz des Ehepaars Blocher in Herrliberg (eingerahmt).

Dank Personenfreizügigkeit und flankierenden Massnahmen

Weniger Dumping, bessere Löhne

Bern | Die Kündigungsinitiative will die Personenfreizügigkeit mit der EU beenden, schrottet aber in Tat und Wahrheit die bilateralen Verträge. Sie greift die Rechte und Löhne aller Arbeitnehmenden in der Schweiz frontal an. Daniel Lampart, SGB-Chefökonom, erklärt, warum das so ist. Daniel Lampart

Daniel Lampart, Chef-Ökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

Dank der Einführung der flankierenden Massnahmen und der Personenfreizügigkeit gibt es heute weniger Lohndumping. Das zeigt eine Auswertung der offiziellen Schweizer Lohnstatistiken. Unter dem früheren fremdenpolizeilichen Kontingentssystem verdiente ein Kurzaufenthalter für die gleiche Arbeit rund 13,6 Prozent weniger als ein Schweizer. Bei den Grenzgängerinnen und Grenzgängern waren es rund 7,2 Prozent. Heute haben Kurzaufenthalter und Schweizer im Durchschnitt den gleichen Lohn – obwohl es natürlich auch heute immer wieder Dumpingfälle gibt.

Dahinter stehen vor allem zwei Ursachen. Dank den flankierenden Massnahmen kontrollieren die Arbeitsmarktinspektoren heute rund 170'000 Löhne pro Jahr. Bei Lohnverstössen werden die Firmen aufgefordert, die Löhne anzupassen, und sie werden gebüsst. Gleichzeitig brachte die Personenfreizügigkeit den Arbeitnehmenden aus der EU mehr Rechte. Sie können sich besser gegen Missbräuche wehren. Unter dem menschenunwürdigen Saisonnierstatut dagegen war der Druck gross, Missbräuche stillschweigend hinzunehmen. Denn wer sich wehrte, wurde in der nächsten Saison nicht mehr eingestellt. Dadurch waren auch der spätere Familiennachzug oder die Jahresaufenthaltsbewilligung gefährdet.

Personenfreizügigkeit und flankierende Massnahmen zusammen sind ein Fortschritt. Die Berufstätigen ohne Schweizer Pass leben sicherer und können sich besser wehren. Davon profitieren auch die Schweizerinnen und Schweizer. Denn wenn Missbräuche und Dumping bei den Ausländerinnen und Ausländern nicht bekämpft werden, schlagen sie irgendwann auf den ganzen Arbeitsmarkt durch. Weil die Löhne insgesamt unter Druck kommen oder weil die Firmen «billigere» Arbeitskräfte aus dem Ausland anstelle von Inländerinnen und Inländern anstellen.

Die Schweiz hat in den letzten 20 Jahren auf Druck der Gewerkschaften eine aktivere GAV- und Mindestlohnpolitik betrieben. Die tiefen und mittleren Löhne sind gestiegen – trotz einem widrigen Umfeld mit Franken-Überbewertung. Die flankierenden Massnahmen haben dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. Einerseits wurde die Kontrollaktivität erhöht, andererseits entstanden Mindestlöhne in neuen Branchen wie in der Hauswirtschaft oder im Personalverleih.

Das frühere Kontingentssystem vor 2002 war dagegen ein «Wunschkonzert» der schwarzen Schafe unter den Firmen. Sie erhielten ihre Bewilligungen meistens wie gewünscht. Kontrollen der Löhne und Arbeitsbedingungen gab es kaum. Darum haben die Firmen viele Leute schwarz angestellt. Etwa, um keine Sozialabgaben zu zahlen. Schätzungen der Gewerkschaften gingen fürs Jahr 1990 von 120'000 bis 180'000 illegal Beschäftigten aus.

Unmenschliche Systeme funktionieren nicht

Viele Probleme, aber nur wenige schauten hin. So lässt sich ungefähr die Lage im früheren fremdenpolizeilichen Kontingentssystem zusammenfassen. Das von den Befürworterinnen und Befürwortern der SVP-Kündigungsinitiative verherrlichte Kontingentssystem war in jeder Hinsicht untauglich. Es gab mehr Lohndumping und problematische Arbeitsbedingungen.

Migrationspolitische Hardliner sagen, dass man Migrantinnen und Migranten von den Sozialwerken ausschliessen müsse. Rein rechtlich ist aber klar: Wer Beiträge zahlt, muss auch Leistungen erhalten. Wer gar so weit geht und fordert, dass die ausländischen Arbeitskräfte keine Beiträge zahlen sollten, schiesst sich ins eigene Bein. Denn das wäre nicht nur unsozial, sondern auch Dumping gegenüber den Inländerinnen und Inländern.

Doch der entscheidende Punkt ist ein anderer: Unmenschliche Systeme funktionieren nicht. Weil die Menschen soziale Wesen sind. Sie möchten dort zu Hause sein, wo sie arbeiten. Sie knüpfen Kontakte und Freundschaften – unabhängig von ihrer Herkunft. ■

Lamparts Analyse in voller Länge und mit allen Quellenangaben gibt es hier: www.rebrand.ly/pfz-analyse.

Wichtige Finanzierer von AHV, IV und Gesundheitswesen

Die NZZ titelt deutsch und deutlich: «Die Zuwanderung aus der EU trägt zur Finanzierung der AHV bei». Ohne sie wäre die wichtigste Sozialversicherung bereits vor Jahren in die roten Zahlen geraten. Einwanderer aus EU und EFTA tragen mit 26,5 Prozent zur Finanzierung der ersten Säule bei, beziehen aber nur 15,3 Prozent der Leistungen.

Vergleichbar ist die Lage bei der Invalidenversicherung: Die Staatsangehörigen aus EU und EFTA steuern zur Finanzierung der IV 26,5 Prozent bei, beziehen aber bloss 14,9 Prozent der Leistungen.

Auch im Gesundheitswesen sind sie Nettozahler – unter anderem weil die Schweizer wegen ihres höheren Alters grössere Kosten verursachen. Per Saldo, so die NZZ, bezahlen Ausländer ausserhalb der Sozialhilfe 500 Franken pro Kopf und Jahr mehr an die Grundversicherung, als sie daraus beziehen. ■

Schwere Versäumnisse der Behörden

Der CVP-Hammermörder und die Oberwalliser Klassenjustiz

Michael Lauber und Rinaldo Arnold

Der Bundesanwalt Michael Lauber musste seine Koffer packen. Weil sich der ertappte Lügner – wie das Bundesverwaltungsgericht feststellte – nicht mehr an Sitzungen mit dem Briger Gianni Infantino und den beiden Wallisern André Marty und Rinaldo Arnold erinnern konnte. Wenn sich vier Chügeli-Dealer nicht an ein gemeinsames Treffen erinnern können, steckt Rinaldo Arnold diese in den Knast. Bis sie sich erinnern können – oder müssen.

Unser Rinaldo Arnold bestritt lange, von der FIFA Geschenke erhalten zu haben. Kurz darauf handelte es sich um private Geschenke seines Freundes. Und erst unter Druck musste der notorische Lügner, Rechthaber und Scharfmacher zugeben, mit wie viel Zucker ihn sein Gianni verwöhnt hatte.

Immerhin war der kalt berechnende Infantino so schlau, dass er diesen tickenden CVP-Lügenbomber nicht bei der FIFA anstellte. Anders die Walliser C-Parteien, die für den Erhalt des «C» im Parteinamen kämpfen. Sie verteidigen weiterhin Rinaldo Arnold, dessen Entlassung das Parlament längst hätte beschliessen müssen. So wie dies als einziger Grossrat Gilbert Truffer forderte.

Der Bettelkönig von Brig

Auf der Website der Anwaltskanzlei Perrig und Partner steht zu lesen: *«Die Familie Perrig ist seit dem 15. Jahrhundert in Brig nachweisbar. Stammsitz war das im 17. Jahrhundert erbaute Perrigschloss am oberen Ende der Bahnhofstrasse, das 1905 durch den Neubau des Perrighauses ersetzt wurde. Politisch trat die Familie erstmals mit dem Notar Bartholomäus Perrig in Erscheinung, der 1461 als Gantermeier, 1467 als Grosskastlan des Zenden Brig amtete. Im Laufe der Jahrhunderte waren die Perrig regelmässig in Stadt- und Zendenämtern vertreten.»*

Igor P., Gemeinderatskandidat und Wahlkampfmanager der CVP, zweiter von rechts. Wie viel Geld steckten Viola Amherd und Beat Rieder dem Briger Bettelkönig in den Sack?

Die Perrig gehörten zu den noblen Familien des Wallis, zu den Unantastbaren, die das Volk aussaugten. Und den grossen Stockalper vertrieben, aber ihm nicht alle Augen auskratzten.

Der Historiker Dr. Igor P. zählte sich auch dazu. Sein Abstieg erfolgte in Raten. Er hatte einen Super-Job im VBS, den er verlor. Warum? – Wir wissen es nicht. Dann war er Lobbyist für die Atomkraft in der Schweiz. Auch diesen Job verlor er.

In Brig herrscht ein Bettelverbot. Es wird gegen auswärtige Bettler brutal durchgesetzt. Nicht so gegen Igor P., den Bettelkönig von Brig, der alle seine Bekannten anpumpte.

Lieber zerstören als verlieren

Bevor er seine Frau mit dem Hammer erschlug, hatte er sie bereits einmal fast zu Tode gewürgt. Dies, weil er kein Geld hatte, um ihr ein Seminar zu bezahlen. Seine Frau musste drei Tage auf der Intensivstation des Spitals in Visp verbringen. Alle Beteiligten kannten die Schwere der Verletzungen. Wäre der Würger von Brig ein aus dem Balkan stammender Perric, wären Polizei und KESB eingeschritten. Dann wäre seine Frau vielleicht noch am Leben.

Igor P. erschlug seine Frau in Anwesenheit der gemeinsamen Kinder. Für den federführenden Bezirksrichter Näpfli ein Mord. Igor P. jedoch will im Affekt gehandelt haben. Und legte deshalb Berufung ein.

Über einen Freund und das Fernsehen liess er ausrichten, er würde seinen hochtraumatisierten Kindern gerne in die Augen schauen. Da läuft einem der kalte Schauer über den Rücken. Warum niemand die lebenslängliche Verwahrung prüfte und forderte, ist nur mit seinem Namen zu erklären.

Ebenso der Umstand, dass er es vorzog, seine Frau zu erschlagen, als sie zu verlieren. Und die Tatsache, dass die Banken auf die geerbte angebliche Villa viel zu hohe Kredite gewährten. Einem Igor P. schaut auch der Banker nicht ins Maul.

Opfer bedrängt und einmal mehr kein Zeugenaufruf

Die Familie des Opfers hatte einen schlechten SVP-Anwalt. Er wollte die Tatumstände gar nicht ausleuchten. Deshalb konnte die Staatsanwaltschaft ungestört im Privatleben der erschlagenen Frau und Mutter herumschnüffeln. Deren Familie war – wie nächste Bekannte berichten – zusätzlich traumatisiert. Und hatte nicht mehr die Kraft, volle Aufklärung zu fordern. Deshalb versucht die SVP jetzt, die Schuld allein dem Spital Wallis in die Schuhe zu schieben.

Einmal mehr hatte die Oberwalliser Staatsanwaltschaft keinen Zeugenaufruf erlassen. Um zu wissen, wer alles – trotz des in Brig geltenden SVP-Bettelverbots – den CVP-Gemeinderatskandidaten und Wahlmanager Igor P. eine Zeit lang über Wasser gehalten hatte. Wie viel haben Viola Amherd und Beat Rieder – beides notorische Geizknäpper – locker gemacht? Niemand wollte die Details kennen. Schon gar nicht die Staatsanwaltschaft. Warum? Die Deutschschweizer bezeichnen dieses Verhalten als: «Sauhäfeli – Saudeckeli».

Wird das Kantonsgericht den Fall in seiner ganzen Breite aufrollen? Wird es die Aufnahme von neuen Beweisen beantragen? Das wäre nur der Fall, wenn ausserkantonale Medien ernsthaft mit Recherchen beginnen würden. Gefordert ist der Chefredaktor des SonntagsBlick, der mit der Emordeten das Gymnasium in Chur besuchte.

Man darf Morde an Frauen nicht einfach ruhen lassen. Denn jede Woche erschlägt in der Schweiz ein Mann eine Frau. ■

Melly & Hildbrand: Unsere zwei Problembären im Kampf gegen die Sanierung der Lonza-Deponie

Problembär Nummer 1: Dr. Patrick Hildbrand

Der SVP-Politiker Dr. Patrick Hildbrand ist gleichzeitig Gemeinderat, Grossrat, Präsident der Geschäftsprüfungskommission, Kardiologe mit eigener Praxis und an immer neuen Spitälern in Sitten beteiligt. Um stets auf die Spitalliste zu kommen, muss er Speichel lecken.

Hildbrand hat zu viele Hüte auf dem Kopf. Und zu viele Interessen. Er vernachlässigt seine Pflichten. Und schadet der Gemeinde Brig-Glis. Wegen ihm verlieren Briger Bodeneigentümer 100 Millionen Franken. Vielleicht.

Viel wichtiger ist aber sein Fehlverhalten in Sachen Lonza-Deponie. Diese Deponie verfügt über kein gültiges Baugesuch mehr. Für Baugesuche ist der Briger Bauchef Hildbrand zuständig. Eigentlich. Er hätte seit Jahren mit Verfügungen Druck machen müssen. Und die Sanierung mit einer offenen Planung und eigenen Experten begleiten können.

Bei diesem Dossier hätte Hildbrand als Präsident der Geschäftsprüfungskommission zudem in den Ausstand treten müssen. Denkste. Stattdessen hetzt er mit Strafanzeigen die Polizei auf seine Unterwalliser SVP-Parteifreunde. Der Grund: In der Unterwalliser Presse stand zu lesen, dass die Sanierung der Lonza-Deponie eine Milliarde Franken kosten werde. Und dass Hildbrands Vorgängerin, die heutige CVP-Ständerätin Marianne Maret, als Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission dieser während 18 Monaten ein detailliertes Dossier des korrekten Beamten Joël Rossier unterschlagen hatte. Weiter vertrat Rossier den Standpunkt, die Lonza müsse Sicherheiten für die Sanierung ihrer Deponie leisten. Völlig zu Recht. Für die Unterwalliser SVP ist die Oberwalliser SVP inzwischen die «PDC bis».

Der Walliser Bote, der Maret auf 14 vollen Seiten abfeierte, verschweigt diese leicht überprüfbaren Tatsachen. Typisch David Biner, typisch Herold Bieler.

Problembär Nummer 2: Jacques Melly

Unser Staatsrat Jacques Melly hat – wie unter anderem die Rundschau vom 2. September 2020 belegt – kein einziges Dossier im Griff. Für die Umfahrung von Blausee-Mitholz hat er sich nie interessiert. Beim Bau der Autobahn schlampt er wie sein Vorgänger. Selbst die Reinigung des Autobahntunnels, der Gamsen umfährt, kann er nicht, wie in der Ausserschweiz üblich, in der Nacht vornehmen lassen. Deshalb kommt es jeden Tag zu CVP-Staus.

In Sachen Lonza-Deponie übernimmt Melly auf Kosten der Steuerzahler zusammen mit dem Bundesamt für Strassen, das auch unter Sommaruga eine schlechte Figur macht, rechtswidrig Kosten, welche die Lonza tragen müsste.

Der liebste Pausenclown der Regierung hat über seinen Chefjuristen Adrian Zumstein Rossier aus dem Amt gemobbt. Zustände wie sie selbst in einem Land der Dritten Welt in der Regel nicht möglich sind.

Jetzt wird es spannend

Das Lonza-Werk in Visp hat wirtschaftlich gesehen zwei Beine. Erstens die traditionelle Chemie. Und zweitens die neue Biotechnologie.

Erstaunlicherweise läuft auch die Chemie sehr gut. Trotzdem will der neue starke Mann der Lonza die Chemie-Sparte abtrennen und für 5 Milliarden verkaufen. Der alte CEO Richard Ridinger wollte diese vorschnelle Abspaltung verhindern. Deshalb musste er seine Koffer packen. Und auch der bisherige Chef der Visper Chemie-Sparte wurde von Präsident Albert Baehny geopfert.

Ob das wirtschaftlich mit der Filetierung klappt, ist offen. Drei grosse Umweltthemen werden aber im Rahmen des jetzt laufenden Prüfverfahrens an die Oberfläche geschwemmt: erstens die Belastung des eigentlichen Lonza-Areals, wo alle möglichen Abfälle für Aufschüttungen verwendet wurden. Zweitens die veraltete ARA, die regelmässig zum Himmel stinkt. Ab und zu ist es in der Pomona nicht mehr auszuhalten. Und last but not least die Milliarde, welche die Sanierung die Lonza kosten wird.

Milliarde sicherstellen

Die Lonza versucht mit der Zustimmung des Kantons Wallis und der Gemeinde Brig-Glis, erst 2022 ihr Sanierungskonzept vorzulegen. Das heisst nach dem Verkauf der Chemie-Sparte. Leider sei man noch nicht so weit. Dies weil man dank dem Kanton und dank der Gemeinde zehn Jahre lang schlafen konnte.

Die Lonza hat für die Sanierung der Deponie bereits Rückstellungen in dreistelliger Millionenhöhe gemacht. Die Lonza muss jetzt – was für sie kein Problem ist – gegenüber Bund, Kanton und Gemeinde Sicherheiten in der Höhe einer Milliarde leisten.

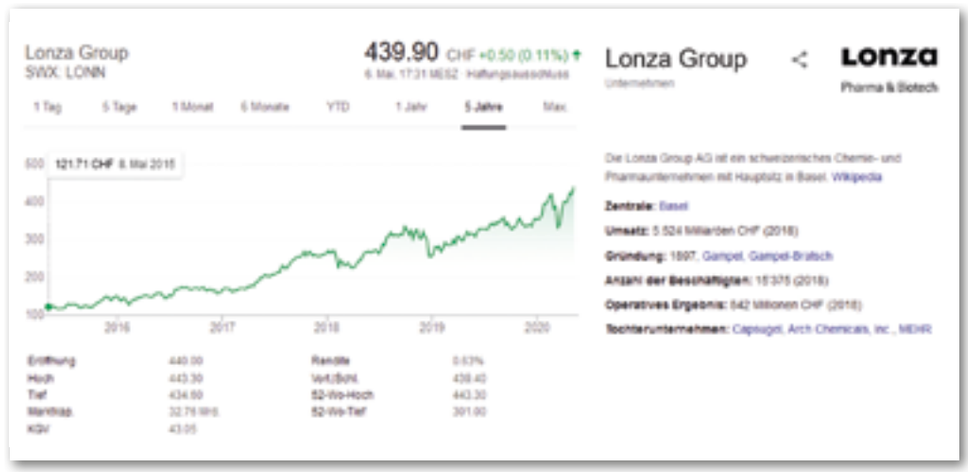
Die Analyse der Roten Anneliese: Nach dem Beitrag der Rundschau, dank dem oppositionellen Bauern Daniel Domig und dank den Due-Diligence-Analysen werden unsere beiden Problembären Melly und Hildbrand nicht länger die unhaltbaren Zustände vertuschen können. Ausser im Walliser Boten.

Zukunft sichern

Nach unsere Einschätzung wird die Lonza mehr als 1 Million Kubikmeter Deponie-Abfälle thermisch vor Ort behandeln müssen. Im Gegenzug muss das gesamte Werk Visp – filetiert oder nicht filetiert – zu einer CO_2-Null-Emission-Fabrik werden. Wenn es die RWE kann, dann erst recht Visp.

Und zweitens muss auf der sanierten Deponiefläche ein allen zugänglicher See entstehen. Weil uns ein solcher im Oberwallis fehlt. So wie dies Barbara Eyer Jaggi verlangt. Ende gut, alles gut? Vielleicht. ■

Die Lonza mehr wert als die UBS



Visp | Die Lonza ist auch doppelt so viel wert wie die Ems-Chemie. Die Aktionäre sind die grossen Gewinner. Braucht es eine Extra-Steuer auf diese Gewinne? **RA**

Ein Blick zurück

Einst gehörte der Alusuisse-Konzern Christoph Blocher und Martin Ebner. Sie haben ihn filetiert und ausgenommen. Martin Ebner versprach vor 22 Jahren in der Simplonhalle, er werde jetzt im Wallis industriell tätig. Leider war das alles nichts als heisse Luft. Die beiden Heuschrecken machten sich schneller davon, als sie gekommen waren. Mit ein paar hundert Millionen Franken Gewinn.

Wie haben sich in den letzten fünf Jahren die Ems-Chemie und die Lonza entwickelt? Die Ems-Chemie blieb bei den Kunststoffen. Die Lonza setzte schwergewichtig auf die Biotechnologie.

Gewinne besteuern

Ironie der Geschichte. Heute ist die Lonza an der Börse doppelt so viel wert wie die Ems-Chemie. Und in Visp arbeiten bei der Lonza drei Mal so viele Menschen wie in Domat/Ems bei der Ems-Chemie

Der rasend schnelle Umbau der Lonza hat vier Väter: Rolf Soiron, der als Verwaltungsratspräsident in Pension ging. Richard Ridinger, der die Lonza verlassen musste. Beat Inalbon. Sowie Jörg Solèr, der in Zürich neu für das Abfallwesen zuständig ist und mühsam die Emus seines Vorgängers fremdplatzieren musste.

In der Krise sind die Aktienkurse gewisser Unternehmen zusätzlich explodiert. Zu diesen gehören neben Amazon und Co. auch die Titel der Lonza und der Ems-Chemie. Jan-Egbert Sturm, der Direktor der Konjunkturforschungsstelle der ETH, hat vorgeschlagen, auf diese Gewinne eine Extra-Steuer zu erheben.

Genau dies fordert die SP in Bern. Alle sogenannt bürgerlichen Parteien wollen davon nichts wissen. Einmal mehr versanden damit möglicher und notwendiger gesellschaftlicher Ausgleich und Fortschritt. Leider.

Kollateralnutzen

Die explodierenden Aktienkurse haben kurzfristig nicht nur Nachteile.

- Die Nationalbank – unser faktischer Staatsfonds – kauft ständig Aktien der Krisengewinnler. Sie erzielt damit riesige Gewinne. Jordan und Co. könnten die bisherigen Corona-Kosten aus ihrer Portokasse bezahlen.
- Die meisten Schweizer Pensionskassen haben viel Geld in Immobilien und Aktien gesteckt. Deshalb sank in der Corona-Krise der Deckungsgrad der Zweiten Säule über alles gesehen praktisch nicht.

Diese Heilpflaster lösen das grundsätzliche Problem des real existierenden Kapitalismus jedoch nicht: Die Reichen und die Superreichen haben zu viel Geld. Die Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen zu wenig. Die Löhne und Renten müssen steigen, um die Kaufkraft und damit die Nachfrage zu erhöhen. Und gleichzeitig müssten wir massiv in den ökologischen Umbau investieren. ■

Nach einem Kommentar unseres Klaus Stöhlker betreut jetzt ein arbeitsloser Altersheimdirektor als Präsident die SVP. Im Auftrag der Familie Blocher. Umgekehrt sucht Markus Somm seit Monaten verzweifelt 4 Millionen Franken, damit er sein rechtes Internetportal starten kann. Die grossen Krisengewinnler, zu denen mit mehr als 3 Milliarden Franken die Familie Blocher gehört, haben zurzeit keine Spendierhosen an. Martullo geht lieber mit ihren Bubis wandern. Maskenfrei.

Mehr Frauen braucht das Land am Rhonestrand, wo allzu schlichte Mannskraft ruht …

Vor gut einem Jahr fand der Frauenstreik statt. In Sitten demonstrierten 12'000 Walliser Frauen. Werden sie verhindern, dass aus dem Briger Gemeinderat und dem Staatsrat wieder reine Männerstübli werden? Mit Witz, Mobilisierung und Sachverstand gilt es, dies zu verhindern.

Dorsis Schmidhalter-Näfen: Alle Schulzimmer sanieren.

Ammos schläft …

Rafaela Bayard hat den Gemeinderat von Brig-Glis, die zuständigen Schulkommissionen und den Schuldirektor in einem Leserbrief gebeten, das Problem der zu hohen CO_2-Werte in den Schulzimmern zu prüfen und zu lösen. Das kam bei Schuldirektor Chanton gar nicht gut an. Und Schulpräsident Amoos bewegte sich nicht.

Im Grossen Rat ging Doris Schmidhalter-Näfen noch einen Schritt weiter. Sie forderte neben Sofortmassnahmen mittelfristig die Sanierung aller Schulzimmer. O-Ton: *«Die Pandemie deckt alle Schwächen des Systems auf. So werden offenbar 98,5 Prozent der Walliser Schulzimmer nicht korrekt belüftet. Hohe CO_2-Werte führen zu Müdigkeit bei den Lehrpersonen und bei den Schülern. Dazu kommen die Gefahren der Pandemie. Diesen Winter müssten der Kanton und die Gemeinden schnell zwei Massnahmen ergreifen.*

1. Installation von CO_2-Messgeräten in allen Schulzimmern.

2. Installation von UV-Umlüftern, die laufend Bakterien und Viren zu 99,9 Prozent vernichten.

Das bringt Kosten pro Schulzimmer von nicht mehr als 500 Franken mit sich.

Parallel dazu müsste der Kanton einen Ideenwettbewerb starten, wie man die bestehenden Schulzimmer mit kontrollierten Zuluft-Lüftungen qualitativ verbessern kann. Denn die nächste Pandemie kommt so sicher wie das Amen in der Kirche.

Ist das Departement bereit, sich hier zu bewegen?»

Bisher nachweislich nicht.

Darbellay noch nicht erwacht

Barbara Eyer Jaggy forderte den Staatsrat auf, für das Schuljahr 2020/2021 für die Sekundarstufe II und die berufliche Grundbildung Gelder zur Verfügung zu stellen, um Schutzmasken zu kaufen und diese den einzelnen Schulzentren zur Verfügung zu stellen. Der Kanton sei ja für die Aufsicht und Finanzierung der gymnasialen Maturitäts- und Fachmittelschulen zuständig.

Darbellay wollte davon nichts wissen.

Wir werden ihn aus seinem Tiefschlaf wecken. ■

Die NZZ am Sonntag gelangt mit mehrwöchiger Verspätung zu den gleichen Erkenntnissen wie Rafaela Bayard und Doris Schmidhalter-Näfen. Man muss lüften, lüften und nochmals lüften. Ob man es richtig macht, muss ein CO_2-Melder feststellen. Zusätzlich helfen auch UV-Lampen. Wir müssen alles unternehmen, um die Gesundheit unserer Schülerinnen und Schüler zu schützen. Ist das zu viel verlangt? Nein. Wird das zu teuer? Nein. Pro Schulzimmer betragen die Kosten nicht mehr als 1000 Franken. Anstatt sein Interesse zu beweisen, macht der Briger SVP-Schuldirektor Dominik Chanton auf hoch beleidigte Leberwurst. ■

Mit Luft und Licht

Zwei Massnahmen stoppen die Gefahr einer Covid-19-Infektion in Innenräumen: eine gute Belüftung und die Desinfektion der Luft mit ultraviolettem Licht – bald auch in einem Fussballstadion. Von Andreas Hirstein

In einem Schulzimmer befinden sich in der Regel nicht mehr als 20 Kinder. Das Volumen des Raumes liegt bei rund 150 Kubikmeter. Mit zwei umweltfreundlichen UV-Umluftgeräten wird die Luft pro Stunde 4 Mal von allen Viren und Bakterien gereinigt.

Frische Aussenluft hat einen ppm-Wert von 400. Der Richtwert für Innenräume beträgt 800 ppm. Sobald dieser überschritten wird, sollte gelüftet werden. Leider verfügen die wenigsten Walliser Schulzimmer über eine kontrollierte Lüftung. In jedes Schulzimmer gehört deshalb ein CO_2-Gerät, damit Lehrerinnen und Lehrer merken, wenn es Zeit für eine Lüftungspause ist.

Tipps: Die besten Videos für uns alle

Problem Wolf gelöst: Roboter schützt unsere Schafe – im Prinzip

Boston Dynamics stellt Roboter her, vorab Kampfroboter für Trump und seine Alliierten. Immer öfter sollen Maschinen Aufständische töten. Vielleicht, denn bisher hat sich die Strategie «immer Technik» nicht bewährt. Etwa in Afghanistan. Die Amerikaner mussten sich von den Taliban geschlagen geben. Und hinterlassen mit ihren Verbündeten ein Land, das immer noch mehr Opium produziert und exportiert als jedes andere Land der Welt. Spätestens nach Vietnam hätte man wissen müssen, dass koloniale Kriege in aller Regel in einem Desaster enden.

«Dual Use» bedeutet: Man kann militärische Erfindungen und Produkte auch zivil brauchen. Und umgekehrt. Jetzt hat Boston Dynamics einen ihrer Roboter zum Hirtenhund für Schafe weiterentwickelt. Er wird – wie unser Video beweist – bereits in Neuseeland erfolgreich eingesetzt.

Noch kann man nicht nach Neuseeland fliegen. Im ersten Ferienflieger müsste Viola Amherd mit unseren Wolfsgegnern sitzen, um vor Ort zu studieren, was diese Hirtenhund-Kampfroboter so alles können.

Um diese kurz darauf im Wallis, in Friedenszeiten, gegen den bösen Wolf einzusetzen. Wenn sich der Isegrim einer Herde nähert, wird er mit Gummigeschossen vertrieben. So wie dies die Pariser Polizei mit den Gelbwesten macht.

Die Dinger sind nicht billig. Sie kosten so viel wie ein Auto. Ist das viel oder wenig? Anstelle eines einzigen, 100 Millionen teuren Kampffliegers kann man 3000 Anti-Wolf-Roboter kaufen.

Werden sich unsere drei Oberwalliser Parlamentarier für die Beschaffung von Anti-Wolf-Robotern einsetzen? Natürlich nicht, denn sie würden dank des technischen Fortschritts ihr wichtigstes politisches Thema verlieren. **https://bit.ly/32nhQ7E**

Bauer Domig rettet die Ehre des Wallis. Lonza, Staat und zuständige Gemeinde schweigen

Die Rundschau deckte in diesem Beitrag das Bundesamt für Strassen (Astra), den Staat Wallis und die Lonza mit Vorwürfen ein, die den Leserinnen und Lesern der Roten Anneliese seit 40 Jahren weitgehend bekannt sind. Das Astra sucht nach Ausreden. Melly schweigt. Die Lonza verweigert Antworten. Und die Rote Anneliese kam nicht vor.

Der Einzige, der die Ehre des Kantons rettete, war der Bauer Daniel Domig, dessen Felder unkontrolliert versaut werden. Ein Zeitdokument.

Ein paar Dinge wurden – neben andern – noch ausgeklammert. Zum Beispiel die Entlassung des aufrechten Staatsbeamten Joël Rossier, der von der Lonza Sicherheiten in der Höhe von einer Milliarde Franken forderte. Weiter die Tatsache, dass der erste Sanierungsversuch gescheitert ist und die zuständige Standortgemeinde nie ein Baugesuch verlangt hat.

CVP, CSP und SVP stehen weiter stramm hinter Melly. Nächstens hat die in Bern für die Sanierung von Altlasten zuständige Simonetta Sommaruga dieses Problem an der Backe. Wenn sie weiterhin tatenlos zuschaut. **https://bit.ly/33ndCMC**

Bewegte Bilder sprechen Bände

Bewegte Bilder sagen mehr als tausend Worte. Im Hintergrund Standarten und Säbel. Im Vordergrund zwei total überforderte Chefbeamte des VBS.

Die Schweiz funktioniert nur im Normalfall. Bei Katastrophen ist unser System quer durch alle Departemente heillos überfordert. Der Dok-Film von Karin Bauer zeigt unter anderem detailliert auf, dass die Armee und ihre Apotheke bei der Beschaffung der Masken kläglich versagt haben.

Viola Amherd und ihre beste und schnellste Armee der Welt hatten nichts im Griff. Und sie verschwiegen uns, dass sie konkrete Angebote des Roten Kreuzes einfach vergeigt haben.

Parmelin stimmte ein Jahr vor dem Ausbruch der Pandemie dem Verkauf von 8 Millionen Liter Ethanol zu. Genauso wie sich das die Wirtschaft mit ihren real nicht mehr existierenden Pflichtlagern gewünscht hat.

Es fehlen uns in Bern genügend kritische Medien und eine taffe Opposition. Zu viele Journalistinnen und Journalisten im Bundeshaus verstehen sich als Bestandteil des Systems. Deshalb waren die Reaktionen auf diese Enthüllungen faktisch null. **https://bit.ly/2GZJBLn**

Walliser Gesundheitswesen: Kosten nicht im Griff! Aber nächstens vielleicht den Lärm?

Das Walliser Gesundheitswesen hat die Kosten nicht im Griff. Die Krankenkassenprämien explodieren. Heute liegen die Kosten pro Person gleich hoch wie im schweizerischen Durchschnitt. Obwohl unser BIP pro Kopf 15 Prozent tiefer liegt.

Die Gründe: Erstens schlafen die Krankenkassen. Zweitens setzte der Kanton unnötige Privatspitäler auf seine Spitalliste. Dr. Patrick Hildbrand lässt grüssen. Drittens fehlt es an intelligenten Globalbudgets für den stationären und ambulanten Bereich. Viertens hat der Kanton bei den Subventionen brutal gespart. Keine gute Bilanz.

Wird das Occasionsspital Brig pro Zimmer – richtig berechnet – teurer zu stehen kommen als das Spital in Rennaz? Leider absehbar ja. Ein ungelöstes Problem ist der Helikopterlärm, der heute die Anwohner des Spitals von Visp aufschreckt. In Brig – genauer in Glis – sollen die Helikopter auf dem höchsten Komplex starten und landen. Ohne jede Lärmschutzmassnahme.

Vielleicht ist dies alles bald Schnee von gestern. Das Oberwalliser Start-Up Dufour Aerospace hat mit seinem sensationellen Kippflügler bereits 550 Testflüge von der Air-Zermatt-Basis Raron aus unternommen. Die Resultate übertreffen alle Erwartungen. Die Vorteile des Systems: Die senkrecht startenden und landenden Maschinen machen viel weniger Lärm als ein Helikopter. Wäre mehr als ein Segen für die Bewohnerinnen und Bewohner von Brig-Glis. Und einmal in der Luft fliegen sie viel schneller als die Helikopter ins CHUV Lausanne oder ins Berner Inselspital.

Wir halten nichts von den zwei Start-Ups, die Christophe Darbellay in Sitten pusht. Das Rennen um die Batterie-Technologie werden Unternehmen wie Tesla und Co. gewinnen. Und bei hybriden Antriebssystemen sind andere viel weiter als unsere Entwickler von André Borschberg in Sitten. Darbellay müsste in die richtigen Zukunftstechnologien investieren.

https://bit.ly/2Rk0tyf

Ein Politvideo der Sonderklasse – mit einem ernsten Hintergrund

Es geht bei der Kündigungsinitiative der SVP um den freien Personenverkehr innerhalb des für uns relevanten Schengen-Raumes. Die Nettozuwanderung ist stark rückläufig. Der Briger SVP-Politiker Michael Graber möchte Verwaltungsrat der Walliser Kantonalbank werden. Er hat sich bereit erklärt – sofern ihn der Staatsrat wähle –, auf all seine politischen Mandate zu verzichten. Wie sein Vorbild Pierre-Alain Grichting. Wir drücken ihm die Daumen. Obwohl er sich für die wirtschaftsfeindliche Kündigungsinitiative stark macht.

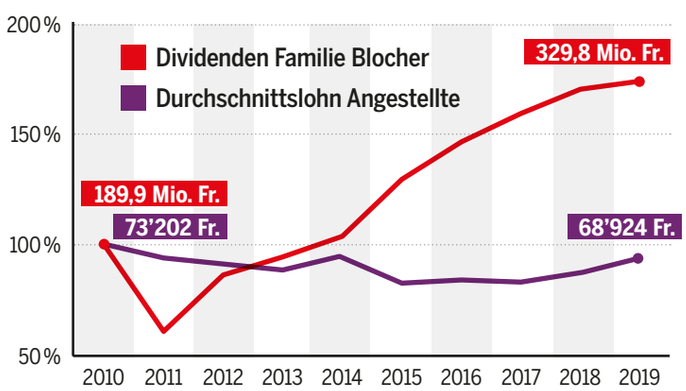
Sollen wir uns ärgern? Oder das Video des Gewerkschaftsbundes geniessen? Unser Tipp: Beides in dieser Reihenfolge.

https://bit.ly/2Zti7nF

Der Sonntagsblick entlarvt das Märchen, dass sich die Familie Blocher für höhere Löhne und bescheidenere Gewinne einsetzt:

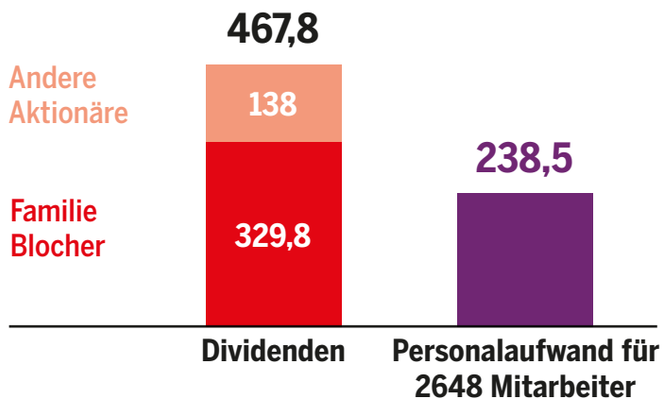
Druchschnittslohn und Dividenden bei Ems-Chemie

Entwicklung in den letzten zehn Jahren, Indexiert (2010 = 100 %)



Dividenden und Personalaufwand der Ems-Chemie im Vergleich

Geschäftsjahr 2019 in Millionen Franken



David Gundi
Sozialarbeiter und Gewerkschafter

Ein anderer Blickwinkel:

Die Corona-Krise – hohe Zeit der Schwurbelei

Sie schwurbelt, er schwurbelt, sie schwurbeln. Überall Geschwurbel – sie schwurbeln im Internet, auf den Plattformen der Social Media oder in Chat Gruppen, in den Online-Kommentarspalten von Tageszeitungen, vor allem wenn diese schlecht beziehungsweise gar nicht moderiert werden. Manch eine Zeitung bietet der Schwurbelei dann auch noch eine Plattform in der Printausgabe.

Schwurbeln kommt von Geschwurbel. Das Geschwurbel steht abwertend für realitätsferne oder inhaltsleere Aussagen und Behauptungen. Die Zeiten von Corona, die Krise und der Umgang damit verunsichern die Menschen. Und die Menschen wollen für komplexe Sachverhalte möglichst einfache, einprägsame Erklärungen und Modelle. Das Böse gegen das Gute. Immer von aussen. Krisen, plötzliche Ereignisse und Katastrophen begünstigen das Bedürfnis nach einfachen Erklärungen.

Verschwörungstheorien bedienen dieses Bedürfnis. Es war so sicher wie das Amen in der Kirche, dass die weltweite Pandemie Covid 19 und die damit verbundene Gesundheits-, Wirtschafts- und Sozialkrise «sie» auf den Plan rufen würden. «Sie» – das sind die selbsternannten Wahrheitsmessiasse, die durch Youtube-Videos geschulten Alternativwissenschaftler und alle jene, für die es zur Notwendigkeit gehört, prinzipiell in allem das Werk dunkler Mächte erkennen zu müssen. Stichworte sind: Freimaurer, Illuminaten, Geheimorden und Welteroberungspläne. Die Covid-19-Pandemie ist überaus prädestiniert, hierfür Zunder, Essenz und Stoff zu liefern.

Es ist leider so, dass Verschwörungstheorien mittlerweile eine beachtliche gesellschaftliche Relevanz erreicht haben, ob man das wahrhaben will oder nicht. Viele Menschen glauben daran, sie lassen sich einlullen und suchen so, Erklärungsmodelle für alles Mögliche zu finden.

Das Gefährliche daran ist: Verschwörungstheorien transportieren auf eine versteckte oder offene Weise, rassistische, negativistische und oft auch antisemitische Weltbilder. Wenn der amerikanische Präsident ein ausserirdischer echsenköpfiger Reptiloide sein soll, dann mag das auf den ersten Blick belustigend wirken. Wenn aber die Rothschilds, die Zionisten oder die Juden überhaupt zu Sündenböcken als Schuldige für alles Unheil in der Welt herangezogen werden, wenn aus den Protokollen der Weisen von Zion zitiert wird, dann ist offener und krimineller Antisemitismus im Spiel. Aus der Schwurbelei wird so Hetze. Und durch die Hetze entstehen die Verbrechen aus Hass.

Wesentlich für jede Verschwörungstheorie ist der *Verschwörungsglaube*, also der Glaube daran, dass eine organisierte Gruppe von Menschen im Verborgenen agiert und Böses plant. Fakten und Ereignisse werden umgedeutet und zu Verschwörungslegenden modelliert. Mehrere solcher Legenden bilden dann die eigentlichen Verschwörungstheorien, die ungehindert und unkommentiert verbreitet werden und ein breites Publikum finden. Vernünftige Kritik daran ist im vornherein zwecklos. In ihr wird bestenfalls eine Bestätigung der Theorie gesehen.

Ein sinnvolles didaktisches Mittel, um Unverständliches nachvollziehen zu können, ist es, dieses in einer Art Übungsanlage selber zu erarbeiten. Um die Funktionsweise von Verschwörungstheorien besser zu verstehen, hier eine Anleitung wie man in fünf Schritten eine eigene Verschwörungstheorie erfindet:

1. Als Hauptzutat und Essenz dienen der oben erwähnte Verschwörungsglaube sowie eine unliebsame Personengruppe, ein politischer Gegner, Migranten usw.

2. Die Fakten und Tatsachen rund um ein katastrophales, unheilvolles Ereignis, einen Krieg oder unsichere und ungewisse Entwicklungen werden umgedeutet zu einer Legende, die mit dem nächstfolgenden Schritt kompatibel ist.

3. In einem «kreativen» Akt wird das Ereignis aus Punkt 2 in einen kausalen Zusammenhang gebracht mit der unliebsamen Personengruppe in Punkt 1.

4. Verschwörungstheorien brauchen ein Publikum. Das Internet bietet dazu beinahe unbegrenzte Möglichkeiten. Verbreite deinen Nonsens in allerhand Foren und Plattformen!

5. Jede noch so gute Bastelei braucht Evidenzen. Die «Wahrheit» will belegt und bewiesen werden. Am besten zitierst du zur Bestätigung andere Verschwörungstheorien und verweist auf weitere alternative Fakten.

Und angerichtet ist die eigene Verschwörungstheorie. ■

Leserbrief mit Buchtipp

Der Gewerkschafter und Publizist Jean-Claude Rennwald vertrat von 1995 bis 2011 den Kanton Jura im Nationalrat. Er führt zusammen mit seiner Frau Chantal in Courrendlin ein kleines Hotel. Vor kurzem ist in den Editions Livreo-Alphil sein Buch erschienen: Suisse – Europe: la séparation après un flirt?

Es wäre fantastisch, wenn …

Mit Interesse habe ich die letzte Nummer der Roten Anneliese gelesen. Es wäre fantastisch, wenn eine solche Zeitung auch im Jura-Bogen publiziert würde und wir zu einem systematischen Austausch gelangten. Zur Zeit sehe ich zwar noch nicht, mit wem und wie wir das hier bewerkstelligen könnten. Hinzu kommt der Umstand, dass die jurassische Presse vergleichsweise offen ist. Aber eine gelegentliche Zusammenarbeit ist nicht zu vergleichen mit einem Projekt nach Art der Roten Anneliese.

… Die in der Roten Anneliese aufgeworfenen und debattierten Ideen und Vorschläge sind absolut wichtig. Man könnte sie noch ergänzen mit der Demokratiefrage auf europäischer Ebene – und zwar politisch, ökonomisch, sozial. Zum ersten Punkt dieser drei Bereiche kann die Schweiz durchaus einen Beitrag leisten, zumal die Europäische Bürgerinitiative (EBI) einen wichtigen Fortschritt darstellt, selbst wenn sie in mancher Hinsicht noch unbefriedigend ist.

Was die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften angeht, so haben diese in der Auseinandersetzung um die Kündigungsinitiative der SVP auf die flankierenden Massnahmen fokussiert. Das war notwendig. Sie haben damit aber gleichzeitig eine umfassende Sicht auf die Europafrage aufgegeben. Das ist sehr zu bedauern.

Im Moment konzentriere auch ich mich auf die Bekämpfung der Kündigungsinitiative. Und dann sind im Oktober noch kantonale Wahlen! ■

Jean-Claude Rennwald

Der schnelle ökologische Umbau ist auch finanziell günstiger, als so weiter zu wursten wie bisher

Die Schweiz hat – dank der Wasserkraft – eigentlich eine sensationell gute Ausgangslage, um den schnellen ökologischen Umbau zu schaffen. Leider bewegt sich politisch noch zu wenig.

Aufgrund der Corona-Krise wächst in der Bevölkerung das Bedürfnis, sich möglichst autonom selber zu versorgen. Ob zu Recht oder zu Unrecht, kann offen bleiben. Aber man kann und muss diesem Trend, auch energiepolitisch, Rechnung tragen. Hier deshalb unsere weiterentwickelten Bausteine für eine klimaneutrale Schweiz, die sich neu selbst versorgt.

Die grossen Profiteure wären unter anderem Randregionen wie Wallis, Uri, Tessin und Graubünden, weil bei uns die Sonne oberhalb von 2000 Metern im Winter gleichviel Solarstrom produziert wie im Sommer.

Unser Roberto Schmidt scheint dies ganz langsam zu begreifen. Wir müssen ihm in den kommenden Wochen und Monaten noch etwas auf die Sprünge helfen. Damit er allmählich vorwärtsmacht.

New Baustein 1: 45 Milliarden für Solarzellen aus Schweizer Produktion

Wer von Brig nach Bern fährt, rollt nach Thun an den weitgehend leerstehenden Gebäuden von Meyer Burger vorbei. Jetzt will das Unternehmen aufhören, Maschinen an Dritte zu verkaufen und stattdessen vertikal integriert Solaranlagen bauen und aufstellen. Zwei grosse Giga-Fabriken genügen, um die Schweiz mit ausreichend Solar-Anlagen zu versorgen.

Die Schweizer Wasserkraft produziert im Winterhalbjahr 16 Milliarden Kilowattstunden Strom. Dank Stauseen, Pumpspeicherwerken, leider weiterlaufenden Atomkraftwerken und einer gut ausgebauten Netzinfrastruktur können heute selbst Dunkelflauten in der Regel geglättet werden. Wenn die Schweiz bis 2035 aus der Atomkraft aussteigt und schwergewichtig auf Elektroautos und Wärmpumpen umsteigt, entsteht ein Winterloch von 25 Milliarden Kilowattstunden Strom.

Das Potenzial von Windstrom in der Schweiz ist begrenzt. Alpiner Solarstrom bringt hohe Erträge, und die Hälfte der Stromproduktion fällt im Winter an. Realistisch müsste die Schweiz 80 Milliarden Kilowattstunden Solarstrom produzieren, um 25 Milliarden Winterstrom zu ernten. Dies geht schnell und kostengünstig nur mit Freiflächenanlagen. Zu Preisen von 600 bis 700 Franken pro installiertem Kilowatt-Peak (kWp).

Meyer Burger Technology AG versucht es neu mit einer vertikalen Produktion von relativ effizienten Solarzellen. Effiziente Solarzellen reduzieren den Flächenverbrauch. Wenn die Annahmen des Fraunhofer-Instituts stimmen – und wir diese richtig verstanden haben –, dann würde eine Fabrik mit 2000 Angestellten genügen, um die notwendigen Solarzellen innert zehn Jahren zu Weltmarktpreisen in Europa, genauer in der Schweiz, zu produzieren.

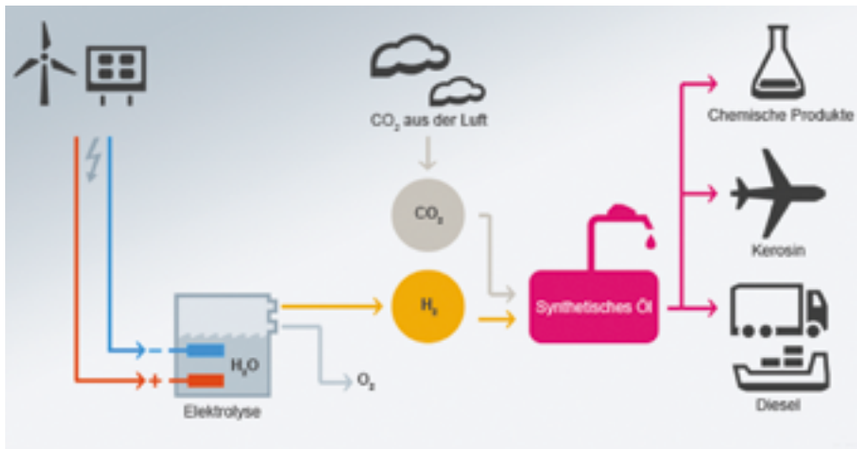
New Baustein 2: 18 Milliarden Franken für dezentrale Batterien der neuen Generation

Batterien können keinen Strom vom Sommer in den Winter verschieben. Aber sie können zumindest den Tag- und Nachtausgleich schaffen. Wenn die Investitionen pro gespeicherte Kilowattstunde auf 80 Franken sinken und die Batterien 5000 Lebenszyklen schaffen, was zunehmend als wahrscheinlich gilt, könnte man den Solarstrom im Winter, aber vorab auch im Sommer so glätten, dass keine grossen Investitionen in das Schweizer Netz notwendig wären.

Nach Tesla setzt auch Volkswagen voll auf Elektroautos. Weil die Batterien immer billiger werden. Die gleichen Batterien wird man künftig für den dezentralen Tages- und Nachtausgleich brauchen können.

New Baustein 3: Mit 12 Milliarden Franken den überschüssigen Sommerstrom in Wasserstoff und Kerosin umwandeln

Wir erhalten mit diesem Modell einen Sommerstromüberschuss von absehbar 50 Milliarden Kilowattstunden. Dieser kann dank Speicherkraftwerken und Batterien so geglättet werden, dass während mindestens 3500 Betriebsstunden verschiedene Sorten E-Fuel produziert werden können. Bei windigem Wetter in Europa dank Importen vielleicht sogar mehr. Für die Schweiz mit ihrem hohen Luftverkehrsaufkommen ginge es vermutlich darum, vorab grünes Kerosin zu produzieren.



Quelle: wwwenergieeffizientnutzen.ch

Mit Strom kann man Wasserstoff produzieren. Und mit Wasserstoff unter anderem Kerosin. Das rechnet sich nur, wenn der Strom faktisch nichts kostet. So wie der überschüssige Sommerstrom in der Schweiz.

New Baustein 4: Mit 4 Milliarden Franken unnötige Blackouts verhindern

Notstromaggregate werden immer billiger. Dieser Brummer mit einer Leistung von 800 Kilowatt (kW) kostet ab Fabrik nicht einmal 55'000 Franken. Dezentrale abriegelbare Netze mit dezentralen Notstromaggregaten würden jene Sicherheit bieten, für die unser Roger Cyber-Michlig in Bern zuständig ist.

Beim letzten Blackout im Oberwallis verlor allein die Lonza 22 Millionen Franken. Dazu kommen die Verluste der vielen kleinen und mittleren Unternehmen. Swissgrid brauchte Monate um herauszufinden, wo der Fehler lag. Die Erklärung spottet jeder Beschreibung.

Ein flächendeckendes Blackout – aus welchen Gründen auch immer – ist nie ganz auszuschliessen. Um die Risiken zu minimieren, ist es vielleicht sinnvoll, 8000 dezentrale Notstromaggregate mit durchschnittlich je 800 kW zu installieren, die in der Lage sind, kleinteilig abtrennbare Netzteile zu versorgen. Die Preise für Notstromaggregate befinden sich im freien Fall. Die heutigen, zu einem schönen Teil bereits retrogefitteten Heizöltanks würden den notwendigen E-Fuel-Diesel vorrätig halten können.

New Baustein 5: 10 Milliarden für die längst überfällige Stilllegung der Atomkraftwerke

Machen wir uns nichts vor. Die Schweizer Stromversorgung ist öffentlich, entweder staatlich oder parastaatlich. Die Schweizer Atomkraftwerke haben zu geringe Rückstellungen für den Rückbau gebildet. Deshalb ist der Druck hoch, die ältesten Rostlauben der Welt weiterzubetreiben. Wer den schnellen Umstieg zu einer klimaneutralen Schweiz mit dem Ausstieg aus der Atomenergie kombinieren will, muss mindestens 10 Milliarden auf den Tisch legen. Vielleicht sogar etwas mehr. Sonst kommt es zu unabsehbaren Konflikten, die alles nur verzögern.

Resultat: Statt pro Jahr 7 Milliarden für den Import fossiler Brennstoffe zu bezahlen, maximal 5 Milliarden für eine klimaneutrale Schweiz!

Viele werden nicht glauben, dass dies alles so günstig möglich ist. Ein paar Oberwalliser Unternehmen wollen beweisen, dass dies geht. Sie arbeiten daran, diese Bausteine lokal umzusetzen. Damit die ganze Diskussion nicht im luftleeren Raum geführt werden muss.

2022 wird in Deutschland das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet. In der Schweiz dürfen sie unbegrenzt weiterlaufen. Man kann sie nur stilllegen, wenn man bezahlt. Wie einst beim Verzicht auf Kaiseraugst.

Warum es eine rattenscharfe Volksinitiative braucht

Ohne Freiflächenanlagen auf 1 Prozent der Bodenfläche der Schweiz geht es nicht. Das Video zeigt, wie man solare und landwirtschaftliche Nutzung kombinieren kann.

Die Gletscher-Initiative ist angesichts der sich beschleunigenden Klimaerwärmung lendenlahm. Besonders auch angesichts der grossen und rasanten technischen Fortschritte, die in Wissenschaft und Wirtschaft erzielt worden sind.

Volksinitiativen können – wie das Beispiel der Alpen-Initiative lehrt – ökologischen Fortschritt voranbringen. Zentral sind unter anderem folgende Dinge:

- Eine Volksinitiative braucht einen mehrheitsfähigen Titel.
- Der Text sollte leicht verständlich und nicht mehrdeutig sein. Jeder noch so kleine Fehler, jeder Widerspruch rächt sich im Abstimmungskampf.
- Das Anliegen muss auf der Höhe der Zeit sein und in der politischen Debatte als realistisch wahrgenommen werden.
- Das Sammeln der Unterschriften muss benutzt werden, um den Aufbau einer eigenen Organisation im realen und digitalen Raum voranzubringen.

Die Formulierung einer Initiative ist im besten Fall das sorgfältige Verfertigen des Politischen im öffentlichen Raum. Der nachfolgende erste Entwurf zeigt auf, in welche Richtung die Reise gehen könnte.

Sobald sich ein Projekt abzuzeichnen beginnt, müsste dieses durch Umfragen begleitet werden.

- Wollen die Schweizerinnen und Schweizer eine autonome Versorgung?
- Wie gross ist die Angst vor einem flächendeckenden Blackout?
- Finden Freiflächenanlagen grossmehrheitlich Zustimmung?

Initiative für eine sichere und umweltfreundliche Schweiz dank genug eigenem Strom

Ab 2027 dürfen in der Schweiz nur noch Elektro-Autos oder Elektro-Lastwagen – sowie vergleichbar umweltfreundliche Fahrzeuge – neu zugelassen werden. Dies sofern deren gesamte Kosten pro gefahrenen Kilometer nicht höher sind als jene fossil angetriebener Fahrzeuge.

Ab 2033 müssen alle bestehenden Öl- und Gasheizungen durch elektrisch angetriebene Wärmepumpen oder vergleichbar umweltfreundliche Heiz- und Kühlsysteme ersetzt werden. Ausnahmen sind möglich und bedürfen einer gesetzlichen Grundlage.

Die Schweiz versorgt sich ab 2033 klimaneutral weitgehend selbst. Sie produziert oder importiert – wenn notwendig – so viel solaren Winterstrom, dass dieser zusammen mit der Wasserkraft und weiteren erneuerbaren Energien den Bedarf der Schweiz deckt[1]. Auf maximal **1 Prozent des Bodens ausserhalb der heutigen Bauzonen**[2] dürfen Freiflächenanlagen erstellt werden. Die Nutzung der Dach- und Fassadenflächen wird aus jenen Mitteln gefördert, die zum Zeitpunkt der Annahme der Initiative pro Jahr in den Klimafonds fliessen.

Der Bund sorgt mittels WTO-konformer Ausschreibung dafür, dass alle, die Solaranlagen installieren, Zellen bester Qualität mit einem Wirkungsgrad von mindestens 25 Prozent zum Preis von maximal 25 Rappen pro Watt Peak aus **Schweizer Produktion**[3] kaufen können.

Bodeneigentümer und Gemeinden erhalten für Freiflächen-Anlagen pro produzierter Kilowattstunde **Winterstrom einen indexierten Solarzins von je einem Rappen**[4].

Ein Prozent des produzierten Solarstromes dient der Erhöhung der Restwassermengen. Auf den Bau neuer Wasserkraftwerke wird verzichtet.

Wer Strom produziert, muss dafür sorgen, dass mittels dezentraler Batterien der Tages- und Nachtausgleich sichergestellt wird, damit die Ausbauten des Stromnetzes auf ein Minimum begrenzt werden können.

Mit dem anfallenden und nicht direkt verwertbaren solaren Sommerstrom werden absehbar synthetische Kraftstoffe produziert, damit Flugzeuge ab 2033 zu vernünftigen Preisen mit synthetischen Kraftstoffen unterwegs sein werden und müssen.

Dieser Umbau darf nicht mehr als 100 Milliarden Franken Investitionen auslösen. Die Schweizerische Nationalbank stellt diese Summe als innert 25 Jahren rückzahlbare Mittel einmalig zum Nullzins zur Verfügung.

Die Stromverteiler sorgen dafür, dass ihre Netze – um Blackouts aller Art zu verhindern – kleinräumig abgetrennt und durch Notstromaggregate versorgt werden. Sie müssen selber in die sichere Versorgung ihrer Kunden investieren oder durch Dritte investieren lassen.

Der Preisüberwacher ist neu für alle Tarife zuständig und verhindert, dass die Stromproduzenten und Stromverteiler wie bisher über zu hohe Zuschläge ihre Kunden zur Kasse bitten.

Übergangsbestimmungen

Bis eine Ausführungsgesetzgebung in Kraft ist, regelt der Bundesrat den notwendigen ökologischen Umbau auf dem Verordnungsweg.

Wenn sich die Vorgaben dieser Initiative als zu vorsichtig oder als zu optimistisch herausstellen, können Bundesrat und Parlament diese auf dem Gesetzesweg den sich ändernden Realitäten anpassen. ■

[1] *Hier wird eine Hintertür für den Import von Solarstrom, Windstrom und grünem Wasserstoff offen gelassen.*

[2] *Die Schweiz weist eine Fläche von 41'285 Quadratkilometern auf. Wenn man pro Quadratmeter durchschnittlich 200 Kilowattstunden ernten kann, dann reicht das völlig.*

[3] *Dies entspricht den Vorgaben von Meyer Burger.* →
PR-Video: https://bit.ly/3kh9Ta4

[4] *Schmieren und Salben hilft allenthalben. Dies führt zu einer Belastung der Gesamtrechnung von 500 Millionen Franken. Der Solarzins lehnt sich an den bestehenden Wasserzins an.*

Politik ist das Verfertigen von unterschiedlichen Positionen im öffentlichen Raum

Es lohnt sich nachzulesen, welche Positionen wir vor einem Jahr vertraten.

Wir haben unsere Positionen weiter entwickelt, wie die vorangegangenen Seiten in dieser Ausgabe belegen.

Die entscheidenden Veränderungen:

1. Wir wollen eine oder mehrere Fabriken in der Schweiz bauen, die pro Jahr Solarzellen mit einer Leistung von mindestens 5 Milliarden Kilowatt produzieren. Dies zu Weltmarktpreisen und in der vom Fraunhofer-Institut entwickelten Logik.
2. Nach zehn Jahren kann die Schweiz dank Freiflächenanlagen 25 Milliarden solaren Winterstrom produzieren. Der 55 Milliarden Sommerstrom Überschuss wird zu Wasserstoff und weiter zu Kerosin und Diesel verarbeitet.
3. Dezentrale Batterien sorgen beim Solarstrom für den Tages- und Nachtausgleich. Und verhindern, dass wir die bestehenden Stromnetze relevant ausbauen müssen.
4. Die Notstromaggregate dienen nicht mehr dem Kampf gegen Dunkelflauten, sondern im Kampf gegen Blackouts wie wir sie eben im Oberwallis erlebt haben.

01 WIR IMPORTIEREN TREIBHAUSGASE: 6,5 MILLIARDEN FRANKEN PRO JAHR.

- **Die Schweiz importiert jedes Jahr – abhängig von den Weltmarktpreisen – für rund 6,5 Milliarden Franken unter anderem Benzin, Diesel, Gas, Kerosin sowie Brennstoffe für die Atomkraftwerke.**
- Durch das Verbrennen dieser Treibstoffe produzieren wir pro Jahr und Person im Inland rund 5 Tonnen CO_2. Die wichtigsten Quellen sind der Verkehr (32,1%), die Gebäude (26,4%), die Industrie (20,3%), die Landwirtschaft (13,5%) und die Abfälle (7,6%).
- **Wir können die Schweiz ab 2023 mit Kompensationen und ab 2032 ohne Kompensationen relativ problemlos klimaneutral machen. Nicht durch Verzicht, sondern durch die Nutzung des technischen Fortschritts und durch intelligente Steuerung des notwendigen ökologischen Umbaus. Dieser Umbau muss sozial- und randregionenverträglich sein.**
- Wichtig: Der ökologische Umbau ist per se weder rechts noch links. Er ist einfach dringend notwendig. Dank einem Mix von Anreizen, Geboten und Verboten.
- **Mindestens so wichtig ist: Die Schweiz als Land mit zu hohen Exportüberschüssen muss künftig sinnvollerweise Windstrom und synthetische Kraftstoffe importieren. Vorab aus Entwicklungsländern.**

Schweiz | Die Gewerkschaftszeitung work hat vor einem Jahr – in Anlehnung an die Positionen der Roten Anneliese – einen Klimaplan vorgestellt. Leider haben die SP und die Grünen die Anregungen noch nicht aufgenommen. Die Klimajugend fühlt sich verraten. Zu Recht. Innerhalb eines Jahres hat uns die Corona-Krise einiges gelehrt. Die Menschen wollen, dass man die strategischen Güter tendenziell durch Produktion im Land selber herstellt. Die technische Entwicklung hat sich auf vielen Gebieten rasant beschleunigt.

02 STRASSENVERKEHR ELEKTRIFIZIEREN: ES BRAUCHT RELATIV WENIG STROM.

- **Der private Verkehr produziert zu viel CO_2. Substantielle Veränderungen sind jedoch im Gang:**
  - Viele Jugendliche machen gar keinen Führerschein mehr. Sie benutzen den öffentlichen Verkehr. In Städten wie Zürich wollen Bauherren immer weniger Parkplätze bauen. Weil diese niemand mehr mietet.
  - **Volkswagen ist der grösste Autokonzern der Welt. Er setzt auf das Elektroauto. Weil dieses über alles gerechnet bereits in wenigen Jahren billiger sein wird als ein Benzin- oder Dieselfahrzeug.**
  - Auch wenn Elektromobilität den Privatverkehr – leider – noch nicht einschneidend reduzieren kann, verbrauchen alle Autos, Lastwagen und Busse pro Jahr nach einer Umstellung nicht mehr als 17 Milliarden Kilowattstunden Strom. Im Durchschnitt sind dies 300 Wattstunden pro Kilometer.
- **Alles verändert sich noch einmal, sobald selbststeuernde Autos auf den Markt kommen. Wann es so weit ist, wissen wir nicht. Ab diesem Zeitpunkt verschmelzen öffentlicher und privater Verkehr.**
- Statt 10 Millionen Parkplätze werden wir in der Schweiz nur mehr 2 Millionen brauchen. Statt 3,6 Millionen Fahrzeuge weniger als 1 Million.

03 WOHNUNGEN: DECKEN ISOLIEREN, FENSTER UND PUMPEN ERSETZEN.

- **In der Schweiz gibt es 1,4 Millionen Wohngebäude. Mehr als eine Million wird man früher oder später totalsanieren müssen. So etwas schafft das Baugewerbe innert zehn Jahren mit Sicherheit nicht.**
- Der Energieverbrauch durch alle noch nicht sanierten Gebäude lässt sich aber mit folgenden Massnahmen nahezu halbieren:
  - **Kellerdecken und Dachböden isolieren;**
  - **Fenster ersetzen;**
  - **Pumpen und Steuerungen auswechseln.**
- **Wer auf diese Weise den Energieverbrauch um mindestens 40 Prozent senkt, kann mit tieferen Vorlauftemperaturen die Gebäude heizen. Dies erhöht den Wirkungsgrad etwa von immer leiseren Luft-Wasser-Wärmepumpen, die zudem stets effizienter werden. Mit einer Kilowattstunde Strom kann man 4 Kilowattstunden Heizwärme und Warmwasser produzieren. Pumpenenergie inklusive. Und erreicht so eine Jahresarbeitszahl von 4.**
- Resultat: Statt 160 kWh Öl pro Quadratmeter und Jahr verbraucht ein derart teilsaniertes Haus nur 20 Kilowattstunden Solar- oder Windstrom. Die Investitionen sind rentabel.

04 KLIMANEUTRALER FLUGVERKEHR: DAS IST BIS 2030 MACHBAR.

- **Wenn die Schweiz die graue Energie berücksichtigt – also jene Energie, die wir etwa in Form neuer Autos importieren – und den Luftverkehr einrechnet, sieht unsere Bilanz wesentlich schlechter aus. Pro Kopf sind wir dann nicht für 5, sondern für 12 Tonnen CO_2-Ausstoss verantwortlich.**
- Weltweit trägt der Flugverkehr zu viel zur menschengemachten Klimaerwärmung bei. In der Schweiz der Vielflieger sind es 20 Prozent. Tendenz steigend, trotz etwas Flugscham.
- **Flugzeuge können auch mit klimaneutralem Kerosin starten, fliegen und landen. Die Kosten pro Liter synthetisches Kerosin werden bis 2030 absehbar auf 1 Franken sinken.**
- Dies verteuert das Fliegen massvoll und sozialverträglich. Einen Flug nach Mallorca um 20 Franken. Einen Flug nach New York um 150 Franken.
- **Wenn wir 2030 noch nicht so weit sind, kommt eine vergleichbar teure CO_2-Abgabe von 210 Franken pro Tonne CO_2 zum Tragen, die jedes Jahr um 10 Franken erhöht wird. Spätestens 2033 ist die Umstellung im Kasten.**
- Parallel dazu müssen Kurzstreckenflüge unter 600 Kilometern verboten werden, da sie dank schnellerer Bahnen überflüssig werden.

05 AUCH DANK KOMPENSATIONEN: BOSCH AB 2020 KLIMANEUTRAL.

- **Bei Bosch arbeiten 140 000 Menschen in 400 Werken. Bosch wird bereits ab 2020 klimaneutral sein. Auch dadurch, dass ein Teil des CO_2-Ausstosses kompensiert wird.**
- Wer will, kann heute seinen CO_2-Ausstoss kompensieren. Mit Projekten im Ausland für 10 bis 30 Franken pro Tonne. Etwa dank der Stiftung «myclimate».
- **Viele Freunde der Umwelt halten das für einen oberlausigen, unkontrollierbaren Ablasshandel, der Investitionen in der Schweiz verzögert oder verhindert. Deshalb braucht es harte Leitplanken, um Missbräuche so weit als möglich zu verhindern.**
- Sinnvoll wäre es, dass die Schweiz in einer Übergangsfrist bis 2032 (auch ausländische) Kompensationen zulassen würde. Im Umfang von anfänglich 40 Millionen Tonnen pro Jahr. Allerdings müssen die Kompensationen degressiv erfolgen – jedes Jahr 4 Millionen Tonnen weniger. Damit klimafreundliche Investitionen nicht verhindert, sondern gefördert werden.
- **Rom liegt im Ausland. Der Vatikan auch. Ohne Ablasshandel kein Petersdom. – Überwachen müsste den ökologischen, nicht unbestrittenen Ablasshandel die Eidgenössische Finanzkontrolle, die zurzeit den notwendigen Biss hat.**
- Heute kostet die volle CO_2-Kompensation pro Schweizerin und Schweizer nur 100 Franken. Wenn mehr Unternehmen wie Bosch und auch mehr Staaten wie die Schweiz kompensierten, würden nach Bundesrätin Sommaruga die Preise pro Tonne CO_2 steigen. Vielleicht ist auch das Gegenteil wahrscheinlicher. Sicher ist aber: Wer jetzt handelt, handelt so oder anders richtig.

06 800 MILLIONEN BÄUME PFLANZEN: MIT GELD DER NATIONALBANK.

- **Die Schweiz kann nicht nur exportieren. Sie muss auch importieren und im Ausland investieren. Kein Problem, denn die Nationalbank sitzt auf 800 Milliarden Franken Vermögen.**
- In den letzten 100 Jahren verschwanden 90 Prozent der Bäume in Äthiopien. Weil die Menschen Brennholz brauchten.
- **Ein Baum nimmt pro Jahr im Durchschnitt 100 Kilo CO_2 auf. Im Regenwald mehr, in Äthiopien weniger. 100 Bäume reichen aus, um jene 5 Tonnen CO_2 zu kompensieren, die ein Schweizer pro Jahr produziert. Pro 1000 Tonnen CO_2 braucht es einen Waldarbeiter.**
- Wenn wir subito den CO_2-Ausstoss aller Schweizerinnen und Schweizer in der Höhe von 40 Millionen Tonnen kompensieren wollen, müssen wir 40'000 Arbeitsplätze schaffen in Ländern wie Äthiopien.
- **Dies ist die weiterentwickelte Logik von «myclimate». Wichtig ist, dass die Wälder dank der Nationalbank als Investorin langfristig gehegt und gepflegt werden. Und dass man vor Ort das Holz nur als Bauholz und nicht als Pellets verwendet.**
- China zeigt, wie es geht: Eine grüne Mauer schützt Peking bereits erfolgreich vor Sandstürmen aus der Wüste Gobi.

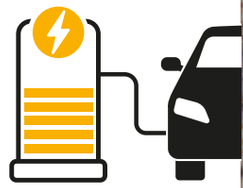
07 LENKUNGSABGABE: SO GELINGT DER ÖKOLOGISCHE UMBAU.

- **Heute gilt es, für Neubauten und grössere Renovationen Dutzende von kantonal allzu unterschiedlichen Vorschriften zu beachten. Wer Subventionen und Steuervergünstigungen beansprucht, braucht viel einschlägiges Wissen.**
- Wir treten für eine radikale Vereinfachung der Vorschriften ein: Neubauten müssen mehr erneuerbare Energie produzieren als verbrauchen. Altbauten dürfen ab 2030 für Heizung und Warmwasser keine nichterneuerbaren Brennstoffe mehr einsetzen, Härtefälle ausgenommen. Ab 2025 werden nur mehr CO_2-neutrale Autos zugelassen.
- **Der zentrale Treiber des ökologischen Umbaus ist eine auf fossile Energieträger erhobene und stetig ansteigende Lenkungsabgabe, die vollumfänglich zurückerstattet wird. Sinnvoll sind folgende Preise pro Tonne ausgestossenes CO_2:**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029	2030
CHF	130	140	150	160	170	180	190	200	210

- Wenn der ökologische Umbau gelingt, löst sich diese Lenkungsabgabe in Luft auf. Deshalb ist es nicht sinnvoll, damit Krankenkassenprämien zu verbilligen. Denn dies würde spätestens 2032 zu einem zusätzlichen Prämienschock führen. Ausser, die Ausgaben pro Haushalt für Krankenkassenprämien werden auf 10 Prozent beschränkt.

08 VORBILD NORWEGEN: SOZIALE CO_2-ABGABE MIT RÜCKERSTATTUNG.



- **In Norwegen sind bereits über 50 Prozent der neu zugelassenen Autos Elektrofahrzeuge. Ab 2025 dürfen nur mehr klimaneutrale Fahrzeuge verkauft werden. Warum in aller Welt sollte die Schweiz das nicht auch schaffen?**
- Die Lenkungsabgabe wird auch für Benzin und Diesel bis ins Jahr 2030 schrittweise auf 210 Franken pro Tonne CO_2 erhöht. Das macht 25 Rappen mehr pro Liter Treibstoff. Die dadurch erzielten Einnahmen werden vollumfänglich an die Bevölkerung zurückerstattet.
- **Alle Untersuchungen zeigen, dass die volle Rückerstattung auch sozial richtig ist. Wer viel Geld hat, fährt tendenziell mehr Kilometer pro Jahr, und das in grösseren Autos. Schweizer Bergdörfer könnten für ihre Bewohner günstig Solarstrom produzieren. Günstiger als sonst jemand – randregionenverträglich.**
- Was geschieht mit jenen, die sich im Jahr 2030 nicht von ihren bisher fossil betriebenen Autos trennen können oder wollen? Müssen sie diese verschrotten? Nein, sie können erstens auf klimaneutrale Treibstoffe umsteigen. Oder sie müssen pro Tonne CO_2 einen zusätzlichen Malus bezahlen, der jährlich um 10 Franken ansteigt. Je weniger sie fahren, desto besser für sie und uns.

09 WOHNUNGSBAU FÖRDERN: AUCH DIE NATIONALBANK KANN DAS.

- **Der Bund fördert heute mittels Bürgschaften den gemeinnützigen Wohnungsbau. Das ist gut so, genügt aber nicht.**
- Pro Jahr bezahlen interessierte gemeinnützige Genossenschaften nur 0,4 Prozent Zins. Dies gilt zumindest für die kommenden 18 Jahre.
- **Nationalbankchef Thomas Jordan betätigt sich zurzeit als Haschischhändler, denn die Schweizerische Nationalbank (SNB) hält knapp 300'000 Aktien der First Cannabis Company von Nordamerika. Statt Cannabisaktien zu kaufen, würde er gescheiter mit Nullzinsdarlehen den schnellen ökologischen Umbau finanzieren.**
- Die Nationalbank sitzt auf einem faktischen Staatsfonds von 800 Milliarden Franken. Für den ökologischen Umbau können und sollen 10 Prozent dieser Mittel eingesetzt werden.
- **Die Nationalbank verliert – wie der Bund – dabei kein Geld. Weil wir im Zeitalter der Negativzinsen leben. Offenbar auf Dauer.**

10 SOLARSTROM HAT DURCHBRUCH GESCHAFFT: VIEL LUFT NACH OBEN!

- **Daran hat vor 15 Jahren fast niemand geglaubt. Heute produziert die Photovoltaik weltweit in den besten Lagen günstigen Strom.**
- Auch Solarstrom muss in das Netz eingespeist werden. Und kann dieses belasten oder entlasten. Das muss in die Berechnungen einfliessen.
- **Zentral ist somit die Frage, wie viel man pro Kilowattstunde Solarstrom – all inclusive – investieren muss.**
- In den nächsten Jahren kann sich einiges verändern. Offen ist, wie stark die Preise für Module, Aufständerungen, Wechselrichter sowie see- und erdverlegte Leitungen sinken werden. Das deutsche Fraunhofer-Institut ist in Sachen Energieeffizienz und Solarenergie eine der besten Adressen weltweit. Seine Berechnungen lassen erwarten, dass 2040 noch 1 Rappen pro Kilowattstunde anfallen wird.
- **Ab 2030 dürfen Stromverteiler, die heute mit ihren Netzen zu hohe Monopolrenditen erzielen, nur mehr erneuerbaren Strom liefern, den sie selber produzieren oder bei Dritten einkaufen. Dank der CO_2-Abgabe und dank Nullzinsanleihen rechnet sich dies für sie und somit für alle.**

11 OHNE AUSLAND IN SACHEN STROM EIN WINTERLOCH: DAS IST LÖSBAR.

- **Die Zahlen zum Strom-Landesverbrauch von Januar bis Dezember belegen klar: Es ergibt keinen Sinn, in der Schweiz 45 Milliarden Kilowattstunden Solarstrom vorab mit nichtalpiner Photovoltaik zu erzeugen.**
- Es braucht einen sinnvollen Mix bei der Produktion, damit unser Stromnetz nicht massiv ausgebaut werden muss.
- **Wer einseitig auf den Ausbau der Schweizer Solarenergie setzt, handelt sich jede Menge Probleme ein: zu viel Strom im Sommer, zu wenig Strom im Winter. Verbunden mit einem gigantischen Netzausbau, samt neuen Stauseen in den Alpen.**
- Autarkie um diesen Preis ist ein Schuss ins eigene Knie. Es ist sinnvoll, wenn wir vorab auch Entwicklungsländer ihre Standortvorteile nutzen lassen. Im Sinne eines nichtimperialen Marshallplanes. Damit die Länder des Südens nicht nur – zu menschenunwürdigen Bedingungen – Rohstoffe, Edelmetalle und seltene Erden ausbeuten und exportieren müssen.

12 ALPINER SOLARSTROM: IM SOMMER UND WINTER GLEICH VIEL STROM.

- **Bifaziale Solaranlagen basieren auf Zellen, die das einfallende Sonnenlicht nicht nur über die Vorder-, sondern auch über die Rückseite nutzen können. So erzielen sie einen massiv höheren Wirkungsgrad.**
- Bifaziale Solaranlagen auf 2000 Metern über Meer produzieren pro Kilowatt installierte Leistung fast doppelt so viel Strom wie Aufdachanlagen in Olten.
- **Der noch grössere Vorteil: Diese alpinen Solaranlagen produzieren im Winter gleich viel Strom wie im Sommer. Wegen der sauberen Luft, wegen der höheren Einstrahlung und wegen des Schnees, der die Sonnenstrahlen reflektiert.**
- Nach Berechnungen des weltweit führenden deutschen Fraunhofer-Instituts ist die Erwartung realistisch, dass in den Alpenregionen nächstens Strom für 2 bis 3 Rappen pro Kilowattstunde produziert werden kann.
- **Mit 5 Prozent des in den Alpen dank bifazialen Solaranlagen erzeugten Stroms würden wir sinnvollerweise Kleinwasserkraftwerke abstellen oder Restwassermengen erhöhen. Damit es auch den Umweltorganisationen gefällt.**
- Bergkantone wie Wallis, Uri, Tessin oder Graubünden müssten sofort mit grossen Testanlagen starten.

13 KLIMANEUTRAL HERSTELLEN: DIESEL, GAS, WASSERSTOFF UND KEROSIN.

- **Es ist technisch möglich, aus erneuerbarem Strom, aus Luft und aus Wasser neben Wasserstoff in weiteren Schritten ebenfalls Gas, Diesel und Kerosin klimaneutral herzustellen.**
- Es geht auch direkter, wie die vielversprechende Testanlage von ETH-Professor Aldo Steinfeld belegt. Die ETH-Forscher hoffen, innerhalb von sechs Jahren die erste kommerzielle Anlage realisieren zu können, mit einer Produktionskapazität von 10 Millionen Litern Solartreibstoff. Als Abnehmer sehen sie in erster Linie Airlines.
- **Bleiben wir bei dem, was bereits grosstechnisch funktioniert: Vereinfacht braucht man auf der Basis der heutigen Technologien 4 Kilowattstunden Strom, um gut 2 Kilowattstunden synthetischen Kraftstoff herzustellen.**
- Deshalb muss man synthetische Kraftstoffe dort herstellen, wo erstens das ganze Jahr über genügend spottbilliger Solar- und Windstrom produziert werden kann. Damit zweitens während mindestens 7000 Stunden im Jahr chemische Produktionsanlagen synthetische Kraftstoffe kostengünstig herstellen können.
- **Für uns stehen zwei Anwendungen im Vordergrund: einerseits die Herstellung von synthetischem Kerosin für den Flugverkehr; anderseits die Produktion von synthetischem Diesel für Notstromaggregate, die das Winterloch stopfen.**

14 VIELE WEGE FÜHREN RASCH ZUR KLIMANEUTRALITÄT.

- **In den USA werden die ersten Solarkraftwerke gebaut, die Strom für 2 Rappen pro Kilowattstunde liefern. Dank Nullzinsanleihen werden die Kosten in den nächsten Jahren in Nordafrika nicht höher sein.**
- Batterien sind effiziente Tagesspeicher. Mehr nicht, weniger auch nicht. Sinnvoll sind Batterien mit einer Speicherkapazität von 60 Millionen Kilowattstunden, sobald die Preise auf maximal 100 Franken pro gespeicherte Kilowattstunde gesunken sind. Dies wird – Irrtum vorbehalten – vor 2028 der Fall sein.
- **Kostengünstige Höchstspannungs-Gleichstromkabel können – beispielsweise zwischen Tunis und Genua – ins Meer verlegt werden. Und ab Genua erdverlegt die Schweiz erreichen.**
- Wir müssten – Zwischenstand unserer Berechnungen – über alles nur 50 Milliarden Franken investieren, um ganzjährig Strom mit einer Leistung von 7 Gigawatt ins Swissgrid-Netz einzuspeisen. Ein nicht-imperialer Marshallplan würde eigentlich Entwicklung für und mit Afrika bedeuten.
- **Weil eine solche Schweizer «Desertec»-Lösung mit einigen Fragezeichen belastet ist, setzen wir nachfolgend auf einen teureren, aber sichereren Mix von Massnahmen.**

15 SOLAR- UND WINDSTROM: BIS 2030 45 MILLIARDEN KILOWATTSTUNDEN.

- **Unsere AKW produzieren 21,4 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom pro Jahr. Wenn wir sie vor 2030 abstellen, neu in Elektroautos fahren und elektrische Wärmepumpen in den Häusern installieren, brauchen wir zusätzlich 50 Milliarden kWh Strom aus erneuerbarer Energie. Dies legt folgende Wege nahe:**
  - **Baustein 1:** 10 Milliarden kWh produzieren wir auf den Dächern und an den Fassaden der Gebäude. Das Potential ist mehr als 10 Mal grösser.
  - **Baustein 2:** 3 Milliarden kWh Strom tragen wir im Winter mit den 6 Milliarden kWh Diesel bei, den wir in Nordafrika produzieren. Im Rahmen eines nicht-imperialen Marshallplanes. Potential unbegrenzt.
  - **Baustein 3:** 10 Milliarden kWh produzieren wir in den Alpen. Potential 20 Milliarden.
  - **Baustein 4:** 10 Milliarden tragen die Bäuerinnen und Bauern bei. Wenn sie neu gleichzeitig Heu und Strom produzieren, mit Solarpanels auf den Wiesen. Potential unbegrenzt.
  - **Baustein 5:** 60 Prozent des Windstroms fallen im Winter an. Heute besitzen BKW, Alpiq & Co. 7 Milliarden kWh im Ausland. Sinnvollerweise produzieren wir bis 2030 zusätzliche 15 Milliarden kWh im Ausland.
- **Überall gibt es viel mehr Potential, als wir mit diesem Mix vorschlagen. Wenn ein Weg Probleme bereitet, werden andere Wege ausgebaut.**

16 BLACKOUT, WINTERLOCH UND WINTERLICHE VERBRAUCHSSPITZEN.

- **Die Schweiz ist auf eine ausreichende und unterbrechungsfreie Versorgung mit Strom angewiesen. Während 365 Tagen im Jahr, während 24 Stunden pro Tag. Kompromisse sollte man hier besser keine eingehen. Im Gegenteil, wir können und müssen die Stromversorgung sicherer machen.**
- Ein gutes, flächendeckendes Lastmanagement kann viele Probleme lösen oder zumindest entschärfen. Genauso wie die dringend notwendige, rechtlich abgesicherte Einbindung in das europäische Netz.
- **Wir brauchen neu für die ganze Schweiz kleinzellige, abschottbare, regionale Stromnetze, die über Notstromaggregate oder Brennstoffzellen als zuschaltbare Stromgeneratoren verfügen. Diese befreien uns von den drei Plagen: Blackouts, Dunkelflauten und Verbrauchsspitzen.**
- Diese dezentralen Notstromanlagen müssen eine unterbrechungsfreie Kapazität von mindestens 10'000 Megawatt Leistung aufweisen. So, wie wir das von den Spitälern her kennen.
- **Die Schweiz importiert pro Jahr 10 Millionen Tonnen Heizöl. Unser Land kann heute diese 110 Milliarden Kilowattstunden Energie in Pflichtlagern der Händler und in den privaten, weitgehend sanierten Heizöltanks speichern. Diese Lager können auch mit synthetischem, klimaneutralem Heizöl gefüllt werden. Denn im Gegensatz zu Deutschland verfügen wir über keine grossen Erdgas-Speichermöglichkeiten.**

17 WAS KOSTET UNS EINE VERBESSERTE SICHERHEIT DER VERSORGUNG?

- **Wir müssen – genauer: der Fonds der Nationalbank muss – in Nordafrika 20 Milliarden Franken investieren, um pro Jahr 26 Milliarden Kilowattstunden synthetisches Heizöl zu produzieren. Für die Schweiz und für Dritte. Kosten tendenziell sinkend. Dies ist in der Logik eines nichtimperialen Marshallplanes, der Arbeit und Einkommen in Entwicklungsländern schafft.**
- An optimalen Standorten produziertes und mit Nullzinsen finanziertes synthetisches Heizöl wird uns pro Liter absehbar 100 Rappen kosten. 10 Rappen pro nutzbare Kilowattstunde. Konkurrenzfähig gegenüber Heizöl plus 210 Franken pro Tonne CO_2.
- **Der Einbau von dezentralen Notstromaggregaten mit gesamthaft 10'000 Megawatt Leistung wird Investitionen zwischen 3 und 5 Milliarden Franken bedingen. Kosten tendenziell sinkend.**
- Wie wichtig ist die Verwertung der bei der Produktion von Strom anfallenden Wärme? Sie ist wichtig, weil auch Kleinvieh Mist macht. Überall dort, wo es sinnvoll ist, muss man sie nutzen. Dies ist vielerorts nicht möglich, ist aber kein Desaster, weil wir aus jeder Kilowattstunde Strom auch an strengen Wintertagen mittels Wärmepumpen mindestens 3,5 Kilowattstunden Wärme produzieren können.

18 WIR IMPORTIEREN DAS BROT DER ARMEN UND FÜTTERN DAMIT UNSER VIEH.

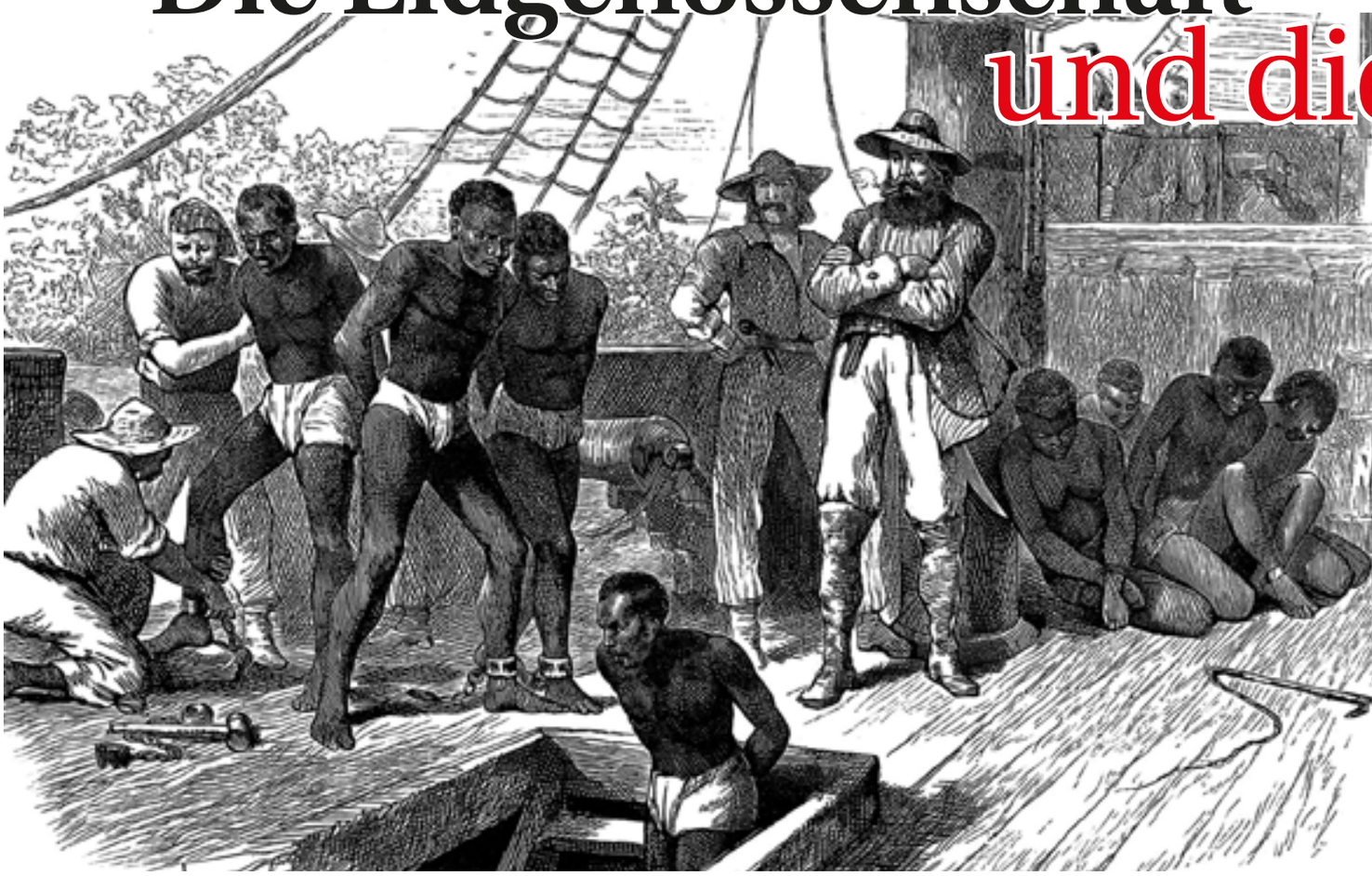
- **Eine Kuh ist etwa so schädlich wie ein Kleinwagen. Und nach einem Spruch des lebenslustigen Bundesrates Delamuraz selig gilt: Eine Kuh macht muh, viele Kühe machen Mühe.**
- Wir importieren gegenwärtig viel zu viele Futtermittel, die wir an Rinder, Schweine und Hühner verfüttern. Auch Soya aus Brasilien, wo die Urwälder brennen.
- **Die Folge: Wir haben in der Schweiz zu viel Gülle, und diese Gülle verschmutzt unser Trinkwasser. Deshalb will die eidgenössische Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung» Direktzahlungen nur mehr an jene Bauernbetriebe leisten, die keine ausländischen Futtermittel verfüttern.**
- Wir hoffen und gehen davon aus, dass die Trinkwasserinitiative durchkommt. Dies würde zu einer Reduktion des äquivalenten CO_2-Ausstosses pro Jahr führen – im Umfang von absehbar 200'000 Tonnen im Jahr 2030.
- **Ein Teil davon wird allerdings beim importierten Fleisch als graue Energie wieder in die Schweiz eingeführt. Ausser wir essen weniger Fleisch und/oder mehr Vegi-Fleisch. Was uns als wahrscheinlich erscheint.**

19 DIE LANDWIRTSCHAFT KANN UND MUSS TREIBHAUSGASE REDUZIEREN.

- **Die Landwirtschaft ist für rund 13,5 Prozent des Treibgasausstosses der Schweiz verantwortlich. Sie hat viel Potential, es besser zu machen:**
  - Die landwirtschaftlichen Gebäude können mit Wärmepumpen geheizt werden. Die Umstellung des Maschinenparks auf Elektroantrieb bis 2030 ist machbar und rechnet sich. Beides auch dank der Darlehen der Nationalbank.
  - Der Import von Soya, Mais und Getreide kann und muss in der Logik der Trinkwasserinitiative unattraktiv werden.
  - Dank umweltfreundlicher Bewirtschaftung der Ackerflächen kann die Landwirtschaft mit mehr Humus mehr CO_2 binden. 3 Tonnen pro Jahr und Hektare. So, wie dies der SVP-Bauer Daniel Lehmann fordert.
  - Solare Freiflächenanlagen haben ein grosses Potential.
  - Der Umstieg auf Vegi-Fleisch erhöht die Selbstversorgung und senkt den Ausstoss von Treibhausgas massiv.
- **Heute bereitet die Landwirtschaft Probleme. Morgen löst sie Probleme. Hoffen wir es.**

Zum Stand der gegenwärtigen Debatte

Die Eidgenossenschaft und die



Bildquelle: Ann Ronan Bilder/Print Collector/Getty Images

Bern | Die Schweiz war nie eine Kolonial- oder Seefahrernation und dennoch während der Kolonialzeit tief in ein Netz von internationalen Finanz- und Handelsbeziehungen verstrickt. Wie andere Schweizer Städte verbirgt auch Bern Spuren dieser Geschichte. Darauf soll der Berner Online-Stadtplan www.bern-kolonial.ch hinweisen. Bei seiner Präsentation durch die Stiftung «Cooperaxion» am 29. August im Kunstmuseum Bern hielt Hans Fässler, Historiker und Gymnasiallehrer aus St. Gallen, das nachstehende Impulsreferat. Wir drucken es im Wortlaut ab. RA

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, ich möchte Ihnen im Folgenden nicht *The State of the Union* erklären, wie es in den USA jeweils im Januar heisst, sondern *The State of the Debate*: Wo stehen wir heute in der Debatte über die Beteiligung der Eidgenossenschaft an der Sklaverei? Ich sage «Sklaverei», weil dies der mörderischste und folgenreichste Aspekt des kolonialen Wirtschaftssystems war, das vom 16.–19. Jahrhundert den Atlantik und drei Kontinente umspannte. Ich sage «Eidgenossenschaft», um der Kritik zuvorzukommen, die Schweiz habe keine koloniale Vergangenheit, weil es sie im 16., 17. und 18. Jahrhundert ja noch gar nicht gegeben habe – die «Gnade der späten Geburt» also – und weil die Schweiz als Staat nie Kolonien besessen und nie Kolonialpolitik betrieben habe.

Schweizer Sklavenbesitzer

Um es noch genauer zu nehmen – und in solchen Zusammenhängen müssen wir es sehr genau nehmen: Wenn ich von eidgenössischer oder Schweizer Beteiligung an der Sklaverei spreche, dann geht es um Akteure (Individuen, Familien, Banken, Firmen usw.) innerhalb der Grenzen der modernen Schweiz oder von dort stammend sowie um Staatswesen, deren Rechtsnachfolger der moderne Bundesstaat ist, also etwa das Bern des *Ancien Régime* oder das alte Solothurn. Oder es geht, um es allgemeiner zu sagen, um die Schweiz als historischen gesellschaftlichen, kulturellen, ökonomischen und ideologischen Raum, der von der Sklaverei profitiert hat.

Apropos Ideologie: Es gehört zu den amüsanten Pointen der laufenden Debatte, dass just jene Kreise, welche die Schweiz unbedingt 1291 beginnen lassen wollen, plötzlich betonen, bei den kolonialen Verstrickungen des 18. und frühen 19. Jahrhunderts gehe es ja noch gar nicht um die Schweiz. Und dass dieselben, welche bei den *good guys*, also bei jedem möglichen Sportler oder sonstigen Voll- oder Halb-Promi, stolz auf Schweizer Wurzeln verweisen, die *bad guys* nun gewissermassen ausbürgern und sagen, das seien ja gar keine Schweizer mehr gewesen. So geschehen etwa beim berühmten US-Immunologen Anthony Fauci, bei dem ein Vorfahre mütterlicherseits 1829 in Chur geboren worden sei. Und so geschehen in der Antwort der Berner Regierung auf die Interpellation Kaufmann von

Sklaverei

‹ Schwarze werden an der Küste Afrikas an Bord gebracht (Zeichnung von 1880): Der Transport geschieht in Käfighaltung. Die Sklaven sind dicht aneinander gereiht in Pferchen, oft mit Hand- und Fussschellen oder sogar Halseisen angekettet.

Alfred Escher: Das Vermögen des Eisenbahnpioniers und Bankengründers stammt zum Teil aus Erlösen einer Kaffeplantage auf Kuba, auf der 82 Sklaven schufteten.

2003 mit dem Titel «Schweizer und Berner Beteiligung an Sklaverei und Sklavenhandel», wo es über den Bankier Rudolf Emanuel von Haller entschuldigend heisst: «Er war somit nur durch seine Geburt Berner, und die Historiker sehen ihn vielmehr als Pariser Bankier.»

Der Schweizer Heimat eng verbunden

Als Historiker (mit St. Galler und Glarner Wurzeln) muss ich hier entgegenhalten, dass es auffällt, wie eng sich auch die globalisiertesten Kaufleute, Bankiers, Plantagen- und Sklavenbesitzer in Brasilien, Nordamerika, Frankreich oder Portugal mit ihrer Schweizer Heimat verbunden fühlten, ihre Bürgerrechte periodisch erneuerten, ihre Kontakte pflegten, ihre Familien in der Schweiz besuchten, ihre Heimatstadt in ihrem Testament berücksichtigten oder im Alter in die Schweiz zurückkehrten. Ich denke dabei etwa an die St. Galler Familien Zollikofer (Plantagen in der Karibik und in Britisch-Nordamerika) und Sailer (von der noch die Rede sein wird), an die Zellweger aus Trogen (Handelshäuser in Genua und Lyon), an die Basler Familie Faesch (Plantagen in Surinam, Tobago und Guyana), an die Schaffhauser Familie Flach (Plantagen in Brasilien) sowie an David de Pury aus Neuchâtel (Bankier und Sklavereiprofiteur in Lissabon). Im Folgenden möchte ich darlegen, wie man sich im Allgemeinen an der transatlantischen Sklaverei beteiligen und davon profitieren konnte, wie sich Eidgenossen (und ganz wenige Eidgenossinnen) im Speziellen daran beteiligt haben, in welchem Zeitraum das geschehen ist und in welchem Umfang.

Bildquelle: Gemälde von Thomas Hickey, Hôtel de ville de Neuchâtel

Der Neuenburger David de Pury (1709–86) war Hauptaktionär einer Gesellschaft, die 32'000 Menschen verkaufte. Er betrieb seine Geschäfte von Lissabon aus.

Zum ersten: Man beteiligt sich an der Sklaverei, indem man Kolonien erschliesst und verwaltet, sich an Dreieckshandelsexpeditionen beteiligt, Sklavenschiffe versichert, in Kolonialgesellschaften investiert, mit sklavereiproduzierten Gütern handelt oder spekuliert, Güter für den Dreieckshandel produziert, mit Sklaven handelt, Plantagen samt Sklavinnen und Sklaven besitzt oder leitet oder verwaltet, militärisch Kolonien sichert und die Sklaverei aufrechterhält, die Sklaverei verharmlost oder rechtfertigt oder an der Ausarbeitung des Anti-Schwarzen Rassismus mitmacht.

Zum zweiten: Bei welchen der aufgezählten Aktivitäten waren nun Eidgenossen (und wenige Eidgenossinnen) beteiligt? Die Antwort ist ebenso kurz wie immer wieder erschreckend: an allen.

Zum dritten, zum Zeitraum, den man ziemlich klar umreissen kann. 1528, gerade mal zehn Jahre nach dem offiziellen Beginn des transatlantischen Sklavenhandels, unterzeichnete ein St. Galler, der Kaufmann Hieronymus Sailer, einen *Asiento de Negros*, einen Vertrag mit dem Spanischen König, der ihm das Recht gab und ihn verpflichtete, 4000 versklavte Menschen, davon ein Drittel Frauen, in die «Neue Welt» zu «exportieren». «Neue Welt» und «exportieren» in Anführungszeichen, wohlverstanden. 1874 verkaufte die Witwe von Johannes Flach aus Schaffhausen ihre brasilianische Plantage *Helvécia*, mit rund 150 Sklavinnen und Sklaven, die letzte eigentliche Sklavenplantage in Schweizer Hand. Das wären dann also 346 Jahre Schweizer Sklavereigeschichte.

Verstrickt in die Verbrechen gegen die Menschheit

Zum vierten, zum Umfang der Schweizer Beteiligung im Verhältnis zum Gesamtvolumen des Verbrechens gegen die Menschheit, als das die transatlantische Plantagensklaverei, die *chattel slavery*, seit der UNO-Konferenz von Durban 2001 (mit Schweizer Unterschrift) definiert ist. Der Westschweizer Historiker Bouda Etemad hat den Schweizer Anteil an den elf Millionen über den Atlantik verschleppten Menschen auf 1,5 Prozent geschätzt. Nimmt man dazu die weit über 100 Plantagen, die in Brasilien, der Karibik und in Britisch-Nordamerika bzw. den USA in Schweizer Besitz oder Verwaltung waren, die Beteiligung von Schweizer Söldnern und Truppeneinheiten an der Aufrechterhaltung der Sklaverei sowie die übrigen schon erwähnten Aktivitäten, so ist ein Prozentsatz von 2 – 3 Prozent wohl eine realistische Schätzung. Das tönt nach wenig, wenn man es ins Verhältnis zu den grossen, klassischen Kolonialmächten wie Portugal, Spanien, Frankreich oder Grossbritannien setzt. Es ist aber unendlich viel im Vergleich zu dem, was wir alle vor 20 Jahren noch dachten: 0 Prozent! Und rechnet man es gar pro Kopf der Bevölkerung um, so war die Schweiz, so meine These, noch stärker in die Sklaverei involviert als Frankreich.

Macht man aus dürren Prozentzahlen aber Menschen, so ›

› sind die Zahlen noch erschreckender: weit über 150'000 mit Schweizer Beteiligung aus Afrika verschleppte Menschen und weit über 10'000 Zwangsarbeitende auf Plantagen in Schweizer Händen.

Nun kann man argumentieren, und das wird auch immer wieder gemacht, dass eine nur indirekte Beteiligung nicht so schlimm sei wie eine direkte. Dass also der Import von Baumwolle oder die Produktion von *Indiennes*-Textilien oder Investitionen in eine Handelsgesellschaft weniger verwerflich seien als selbst auf der Plantage die Peitsche zu schwingen. Ich halte diese Unterscheidung für falsch. Die transatlantische Sklaverei war ein umfassendes, komplexes und verästeltes Wirtschaftssystem, zu dem alle Elemente beigetragen und von dem fast alle in Europa und der Schweiz profitiert haben. Kürzer und besser als Karl Marx (1847), kann man es nicht sagen: «Ohne Baumwolle keine Sklaverei, ohne Sklaverei keine moderne Industrie».

Und seit dem Urteil vom Juli dieses Jahres gegen den SS-Mann Bruno D. vom KZ Stutthof kann man sogar juristisch argumentieren: Auch wer sich nur indirekt an einem Verbrechen gegen die Menschheit beteiligt, indem er Wache steht, während andere die Mordmaschine in Gang halten, macht sich der Beihilfe schuldig.

Bildquelle: taz vom 12.6.2017

1803: eine dänische Sklavenhändlerbarke vor Kopenhagen. Sie belieferte die Westindischen Inseln. – Hinter harmlosen Schiffsnamen wie «La ville de Lausanne», «Le Pays de Vaud» oder «Helvétie» verbergen sich Sklavenschiffe, die im 18. Jahrhundert von Schweizern finanziert wurden.

Die Heimweh-Schweiz des Albrecht von Haller

Seit wann weiss man oder konnte man wissen, dass die Schweiz nicht das Land war, das sich Albrecht von Haller in seinem Werk *Die Alpen* ausgemalt hat? Der Stadtberner Patrizier besang in seinem 1732 veröffentlichten Lehrgedicht so überzeugend die Welt der hart arbeitenden, genügsamen, glücklich lebenden und liebenden Älplerinnen und Älpler, die ohne Korruption und Laster, ohne Überseehandel und Waffenhandel und ohne fremde Kriegsdienste auskommen, dass viele Menschen hierzulande bis heute an diese «Haller-Schweiz» glauben. Man könnte sie volksmusikalisch auch die «Trauffer-Schweiz» oder die «Heimweh-Schweiz» nennen.

1732: Da lag das Engagement des St. Gallers Hieronymus Sailer schon 200 Jahre zurück.

1732: Da gab es in der Karibik bereits ein Dutzend Sklavenplantagen in Schweizer Händen.

1732: Da hatte Christoph von Graffenried schon längst die Kolonie *New Berne* gegründet, war selbst zum Sklavenbesitzer geworden, und sein Sohn sollte der Ahnherr von Familienangehörigen werden, die 1860 zusammen rund 500 Sklavinnen und Sklaven besassen.

1732: Da hatten schon längst der Staat Bern und die Berner Banken Malacrida und Samuel Müller in die *South Sea Company* investiert, ein Spekulationsvehikel, das auf den Gewinnen basierte, die man mit der Versklavung von 20'000 Menschen zu erzielen hoffte.

1732: Da hatte die Regierung von *South Carolina* gerade dem Neuenburger Jean-Pierre Pury den Auftrag gegeben, am Ufer des *Savannah River* eine Schweizer Kolonie zu gründen.

1732: Da wütete schon längst das «Carolina-Fieber» oder die «Carolina-Tollwut», jene Auswanderungswelle nach Britisch-Amerika, die auch der Berner Franz Ludwig Michel mit seinem Reisebericht herbeigeschrieben hatte. Jene Auswanderungswelle, welche die *Amacher* und die *Schläppi* von Meiringen, die *Horger* und die *Ott* von Guttannen, die *Inäbnit* von Grindelwald, die *Murer* aus dem Simmental und die *Rumpf* von Frutigen nach Carolina spülte, wo sich ihre Familien etablierten und verzweigten und im Zensus von 1860 allesamt als *large slaveholders* geführt wurden, mit Plantagenbesitz und insgesamt Hunderten von Sklavinnen und Sklaven.

Transatlantischer Dreieckhandel zwischen Europa, Afrika und Amerika: Stoffe, Alkohol und Waffen aus Europa werden in Afrika gegen Sklaven getauscht, diese über den Atlantik nach Amerika verschifft, wo sie wiederum gegen Zucker, Kakao, Kaffee und andere exotische Güter verkauft werden.

Quelle: www.cooperaxion.ch

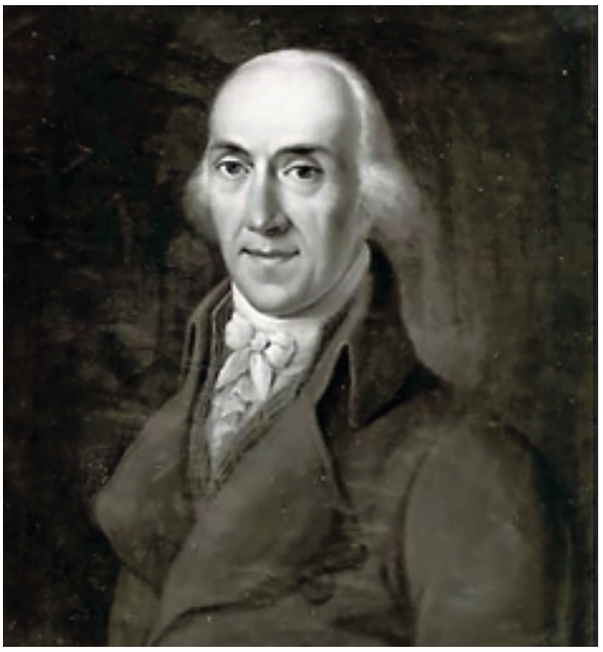
Eine verlogene Erzählung ersetzen ...

Wie verlogen die Erzählung von der «Haller-Schweiz» war und ist,

kann man auch an Albrecht von Hallers eigener Familie aufzeigen: Sein Sohn Rudolf Emanuel wurde Geschäftsmann in Amsterdam und Bankier in Paris, handelte und spekulierte mit sklavereiproduzierten Kolonialwaren wie Zucker, Kaffee, Cochenille und Indigo, investierte in englische Westindien-Aktien und versuchte, aus dem Sklavenaufstand von Saint-Domingue Kapital zu schlagen. Albrecht von Hallers Neffe Carl Ludwig wurde gar zu Beginn des 19. Jahrhunderts europaweit zu einem der prononciertesten Befürworter und Verteidiger der Sklaverei.

Es gibt haufenweise Literatur über die Frage, wer zu einem bestimmten Zeitpunkt wieviel über die Judenvernichtung durch die Nazis wusste und wieviel man wissen konnte. Die Geschichtsforschung der Zukunft wird sich auch mit der Frage auseinandersetzen müssen, wieviel und wann man in einem bestimmten Land in einer bestimmten Gesellschaftsschicht über die Schrecken der Sklaverei Bescheid wusste oder wissen konnte. Aufgrund meiner Arbeit in der Zellweger-Bibliothek in Trogen, eine der vollständigsten Sammlungen der Wissensquellen einer gebildeten Unternehmerfamilie im 18. Jahrhundert, ein Juwel der sogenannten «Kanon-Forschung» also, würde ich die These aufstellen: Man wusste schon Mitte des 18. Jahrhunderts sehr genau Bescheid, von den Reedereien der französischen Atlantikhäfen über die Sklavenforts in Westafrika bis zu den Sklavenpreisen auf den Märkten in den *Americas* und der Lage einzelner Plantagen in Surinam.

Und wie stand es im 20. Jahrhundert mit dem Wissen um die Verflechtungen der Eidgenossenschaft in die Sklaverei? Professor Harald Fischer-Tiné vom Lehrstuhl für die Geschichte der modernen Welt der ETHZ hat kürzlich in der NZZ selbstkritisch festgestellt, die akademische Geschichtswissenschaft habe viel zu spät begonnen, sich mit diesem Themenfeld auseinanderzusetzen. *The debate was late.* Natürlich gab es im 20. Jahrhundert Vorläufer, die schon einiges wussten, die aber andere Fragestellungen hatten: Richard Behrendt, Herbert Lüthy, Leo Schelbert, Beatrice Ziegler. Und es gab 1997 schon einen, der in einem unscheinbaren Aufsatz mit einem wuchtigen Titel die richtigen Fragen stellte: der Berner Seminarlehrer Daniel Moser-Léchot in «Schweizer Banken und der ‹Black Holocaust›». Die Nullerjahre wurden dann die Jahre des *Agenda-Setting*, wie es der Historiker Bernhard Schär von der ETHZ nennt, und seither wird in der Schweiz zur kolonialen Vergangenheit unseres Landes geforscht, geschrieben, publiziert, referiert, ausgestellt und debattiert, dass es eine Freude ist.



Bildquelle: zvg. Zeitung work

Christoph Burckhardt vom gleichnamigen Handelshaus in Basel verschiffte zwischen 1783–92 etwa 7400 Sklaven von Afrika in die Karibik. Davon kamen mehr als 1000 bei der Überfahrt ums Leben. Später konzentrierte sich seine Familie auf die Finanzierung der Sklaverei – das war bequemer und risikoloser.

... durch eine reale, schwarz-weisse und farbige Schweiz

Meine Damen und Herren! Der Mord an George Floyd am 25. Mai dieses Jahres wird, wie es dessen Tochter zu Joe Biden gesagt hat, die Welt verändern. Er hat bereits dazu geführt, dass in den letzten Wochen Debatten zusammengekommen sind, sich überkreuzt oder sich gegenseitig inspiriert haben, die ausnahmslos schon seit Jahren, Jahrzehnten oder – im Fall der Reparationen für Sklaverei – seit Jahrhunderten geführt werden: Alltags- und Polizeirassismus, struktureller Rassismus, Umgang mit Erinnerungsorten und Denkmälern, Erbe der Sklaverei, Schweizer Beteiligung an Sklaverei und Kolonialismus, Forderungen nach Reparationen. Wir können George, den *gentle giant*, nicht wieder lebendig machen, und Jacob Blake auch nicht. Aber wir können einiges dafür tun, dass ihr Tod nicht vergebens war. Dazu gehören auch Sklaverei-Datenbanken und koloniale Stadtrundgänge. Hier hat *Cooperaxion* Pionierarbeit geleistet, mit Führungen im Liverpool der Schweiz, d.h. in Neuchâtel, oder in der helvetischen Sklavenhandelshauptstadt, d.h. in Basel. Mit dem heute präsentierten digitalen kolonialen Stadtplan Berns wird erneut Pionierarbeit geleistet. Dafür gebührt *Cooperaxion* und allen, die daran vor- und mitgearbeitet haben, grosser Dank.

Auf dass die Erzählung von der «Haller-Schweiz», welche – unter uns gesagt – doch ein ziemlich langweiliger Ort gewesen sein muss, ersetzt werde durch eine spannende, reale, schwarz-weisse und farbige Schweiz. Ein *Switzerland of Colour*, eine *Suisse de couleur*. ■

Hans Fässler Historiker, Lehrer und Kabarettist.

Hans Fässler leistet einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung über die Rolle der Schweiz im Sklavenhandel. Auf der Website **www.louverture.ch** hat er zahlreiche Fakten über die Involvierung von Schweizern in dieses «schwarze Geschäft» zusammengetragen. Ausserdem ist im Rotpunktverlag sein gut lesbares Buch veröffentlicht: Reise in Schwarz-Weiss. Schweizer Ortstermine in Sachen Sklaverei (3. Auflage 2020).

Fässler kämpft seit 2007 auch für die Umbenennung des **Agassizhorns**, das sich auf dem Boden der Gemeinden Grindelwald, Guttannen und **Fieschertal** befindet. Der Berg trägt den Namen des Freiburgers Louis Agassiz, eines in die USA ausgewanderten Naturforschers und Rassisten. Dieser gilt unter Historikern als Vordenker der Apartheid. Der Berg soll neu, so Fässlers Vorschlag, Rentyhorn heissen und an den aus dem Kongo stammenden Sklaven Renty erinnern. Agassiz liess ihn zur Illustration seiner rassistischen Theorien fotografieren.

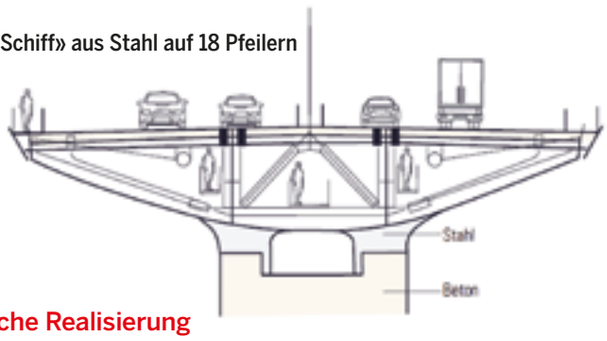
Die drei Gemeinden wollen das Agassizhorn (noch) nicht umbenennen. Fässler bleibt mit «brennender Geduld» dran.

Dicke Eier

Besuchen wir Genua …

Innert zwei Jahren erstellten im Zentrum von Genua Ingenieure und Bauarbeiter unter Anleitung des 83 Jahre alten Linken Renzo Piano unter schwierigsten innerstädtischen Verhältnissen eine 1067 Meter lange und erst noch schöne Brücke. Zum absehbar halben Preis des nur halb so langen Riedberg-Tunnels. ■

Ein «Schiff» aus Stahl auf 18 Pfeilern



Quelle: Commissario Ricostruzione Genova

Rasche Realisierung

14. August 2018:
Die Morandi-Brücke stürzt ein. Das Unglück fordert 43 Tote.

18. Januar 2019:
Die Verträge für den Bau der neuen Brücke werden unterzeichnet.

28. Juni 2019:
Die beiden noch stehenden Tragwerke werden gesprengt.

Juli 2020:
Inbetriebnahme der neuen Brücke. Sie ist 1067 Meter lang, knapp 30 Meter breit und knapp 50 Meter hoch. Für die Kosten von gut 200 Millionen Euro muss der Autobahnbetreiber Autostrade per l'Italia geradestehen.

Das Erbe von Jean-Jacques Rey-Bellet und Moritz Leuenberger

Das menschliche Gedächtnis ist eine Fälscherwerkstatt. Die Autobahn ist die grösste Investition aller Zeiten im Oberwallis. Bisher hat niemand deren Geschichte erforscht und festgehalten. Stattdessen werden wir mit vierfarbiger Staatspropaganda eingelullt.

Der Riedberg-Tunnel ist nur halb so lang wie die Morandi-Brücke. Und wird pro Laufmeter 3 Mal so viel kosten. Der Bau des Riedberg-Tunnels dauert 10 Mal länger als der Bau der Morandi-Brücke.

Für den Transport von Gütern von und nach China ist Genua der ideale Hafen. Heute werden die Container-Schiffe meist erst in Rotterdam beladen und entladen. Und dann mit Rheinschiffen und der Bahn ins Oberwallis gekarrt. Das ist zeitlich, ökonomisch und ökologisch ein Irrsinn. ■

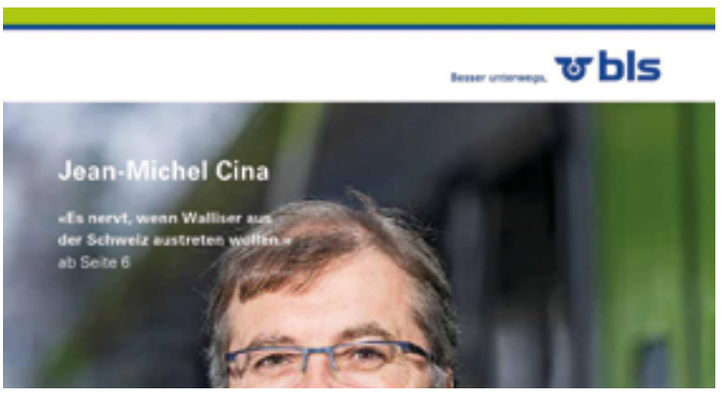
Wildwest in Bellwald

In Bellwald haben die Bürgerinnen und Bürger beschlossen, keine neue Erschliessungsstrasse zu bauen. Kümmert den Hans Ritz in allen Gassen keinen Dreck. Er baut die Strasse trotzdem. Mit der Rückendeckung des Gemeindepräsidenten. Viele sind empört. Sitten wird mit einer Menge von Einsprachen eingedeckt.

Das Vorgehen der Gemeinde Bellwald erinnert an den Wilden Westen. Genau wie dieses Haus, das sich ebenfalls in Bellwald befindet. Es könnte einem alten Italo-Western entsprungen sein, obwohl auf dem Dach Solarenergie produziert wird. Der linke Ennio Morricone verstarb am 6. Juli 2020. Er schrieb unter anderem die Filmmusik zum Italo-Klassiker *Spiel mir das Lied vom Tod* – diese Hütte hätte gut hineingepasst.

Ein letzter Hinweis: Zur Eröffnung der neuen Morandi-Brücke verfasste Ennio Morricone kurz vor seinem Tod eines seiner letzten Stücke. Der Bogen schliesst sich. ■

Wasser höher als bis zur Nasenspitze



Das Wallis hat Anspruch auf einen Vertreter im Verwaltungsrat der BLS. In den letzten 22 Jahren haben diese nichts bewegt. Deshalb bezahlen wir viel zu viel für den Autoverlad.

Jetzt kommt es ans Tageslicht: Die BLS hat vom Bund und von den Kantonen viel zu viele Subventionen bezogen. Die zu hohen Verladetarife und die zu hohen Subventionen flossen in den Berner Vorortsverkehr. Versteckte Gewinne, die man gar nicht hätte machen dürfen.

Denn im Bereich des Service Public dürften Unternehmen keine Gewinne erzielen. Für die Einhaltung dieser Regel wäre eigentlich der Verwaltungsrat mit Jean-Michel Cina zuständig gewesen.

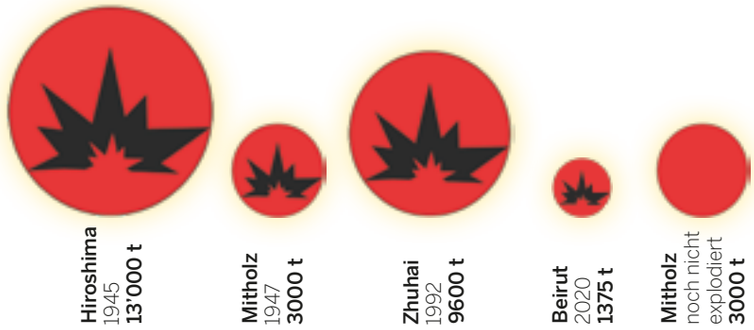
Die Verwaltungsräte der Walliser Kantonalbank wissen, was dies heisst. Anstatt endlich das Problem Papilloud mit einem Vergleich zu lösen, schickt Pierre-Alain Grichting allen, die keinen Verzicht auf die Einrede der Verjährung unterzeichnet haben, eine Betreibung von je 26 Millionen Franken ins Haus.

Droht Jean-Michel Cina das gleiche Schicksal? ■

Schlafonkel Adolf Ogi stammt aus Kandersteg.

Schlafonkel Samuel Schmid ist ein waschechter Berner.

Schlafonkel Ueli Maurer ist Bürger von Adelboden.



Unsere 3 Berner Hafenarbeiter

In Beirut wurden 16 Hafenarbeiter verhaftet, weil sie angeblich 2,6 Millionen Kilogramm Dünger nicht richtig gelagert hatten. Wie fast immer gilt: Die Kleinen werden verhaftet, und die Grossen lässt man laufen. Lokal, national, international. Das nennt man Klassenjustiz.

Die einzige Sprengstoff-Fabrik der Schweiz befindet sich in Gamsen. Hier wurde einst der Sprengstoff für den Bau des Simplon-Tunnels produziert. Explosionen töteten Arbeiter. Fliegen die Depots in Gamsen eines Tages wieder in die Luft? Etwa nach einem schweren Erdbeben. Hoffen wir es nicht.

1947 explodierte das gigantische, zentrale Munitionsdepot der Schweizer Armee in Blausee-Mitholz. Selbst in Zürich zitterten die Fenster. Die Sprengkraft war damals doppelt so hoch wie in Beirut. Und dies obwohl nur die Hälfte der 7 Millionen Kilogramm Bomben in die Luft flog.

Die Hälfte der Munition explodierte nicht. Sie kann früher oder später explodieren. Während 25 Jahren kontrollierte die SVP das VBS. Die Herren Adolf Ogi, Samuel Schmid und Ueli Maurer gingen dem Problem nicht nach. Genau wie dies in Beirut geschah.

Der Unterschied: Die drei verdienten und verdienen pro Jahr – Pension eingerechnet – 100 Mal mehr als die Hafenarbeiter in Beirut. Keine parlamentarische Kommission hat sich bisher mit ihrem Politversagen auseinandergesetzt.

Die Strasse von Frutigen nach Kandersteg ist neu Bestandteil des Autobahnnetzes. Man müsste Mitholz mit einem Autobahntunnel grossräumig zweispurig umfahren. Das Wallis hätte eine solche Variante fördern müssen. Unterstützt von unseren Oberwalliser Parlamentariern weigerte sich Melly leider, das Dossier anzuschauen.

Jetzt fielen die Herren Beat Rieder und Matthias Bregy mit ihren nicht durchdachten Vorstössen auf die Nase. In Blausee-Mitholz wird erst 2031 mit den Sanierungsarbeiten begonnen. Bis dann kann man die Region grossräumig mit einem neuen Nationalstrassentunnel umfahren. So wie dies die Rote Anneliese vorgeschlagen hat.

Wir bleiben dran … ■

Nirgends ist es so heiss wie im Wallis. Nirgends wären klimatisierte Altersheime wichtiger!

Quelle: Meteo Schweiz

Regelmässig werden in Sitten und Visp die höchsten Temperaturen der Schweiz gemessen. Diese Grafik zeigt auf, dass die steigende Klimaerwärmung das Wallis weit mehr trifft als andere Regionen.

Unser Rigi-Figi Staatsrat Roberto Schmidt will bisher in Sachen klimaneutrales Wallis nicht vorwärts machen. Er hat – wie sein Vorgänger Jean-Michel Cina – die Grössenordnungen ganz einfach nicht im Griff. Wie lange kann das so weitergehen? Im Walliser Boten tönte der ehemalige Leuker Gemeindepräsident in Sachen Solarenergie eine leichte Kurskorrektur an.

Der Staatsrat müsste die Walliser Altersheime zwingen, ihre Zimmer sofort zu kühlen. Es darf im Interesse der Patienten und der Pflegenden nie wärmer als 23 Grad werden. Dies ist auch in bestehenden Gebäuden ökologisch und ökonomisch mit wenig Aufwand möglich.
Die Rote Anneliese wird im nächsten Sommer eigene Altersheim-Tests vor Ort durchführen. Das wird die politischen Temperaturen leicht ansteigen lassen. ■

PDC du Valais romand

PDC

Lettre recommandée
Monsieur
Joël Rossier
Ch. des Ravines 13
1895 Vollèges

Sion, le 2 avril 2020

Monsieur,

Nous nous référons à votre demande d'adhésion du 28 mars dernier, via notre site internet et signée Joël Rossier [sic].

Le comité directeur a décidé de ne pas accepter votre adhésion au sein de notre parti politique.

En vous remerciant de prendre note de ce que précède, nous vous adressons, Monsieur, nos salutations distinguées.

Marie Zuchuat

Keine neue Heimat

Joël Rossier hat ein neues Dossier über die Versäumnisse des Departements von Jacques Melly erstellt. Faktisch wird es von Adrian Zumstein geleitet. Wir werden in einer der nächsten Nummern darauf zurückkommen.

Viele offene Geister in der CVP-Mittel- und Unterwallis unterstützen Rossier. So wie man das im Wallis eben macht: «Ich bin auf deiner Seite, kann dies aber nicht an die grosse Glocke hängen. Du weisst schon warum …» Deformation des Rückgrats wegen zu viel Klientelismus.

Joël Rossier – typisch Wissenschaftler – wollte es genauer wissen. Deshalb beantragte er die Aufnahme als Mitglied der CVP. Um das implodierende Monster von innen kennen zu lernen.

Die Partei lehnte sein Aufnahmegesuch ab. Obwohl die CVP unter massiven Mitgliederverlusten leidet und ihr einstiges Zugpferd Yannick Buttet schon wieder für einen Skandal sorgt. – Die CVP wird zu einer Sekte. ■

Dicke Eier

Nochmals Cina

Die Idee zu einer Weltcupabfahrt im November kam aus Italien – für die Zermatter ein Wermutstropfen. Der Start wäre auf 3899 Metern über Meer. Die Strecke fast 5 Kilometer lang. Die Höhendifferenz gut 1000 Meter. Ob das den Skisport retten wird, bleibt offen.

Jean-Michel Cina hat dem Walliser Tourismus den grösstmöglichen Schaden eingebrockt. Sein Tourismusgesetz führt zu einer Verstaatlichung der Verkehrsvereine. Überall haben die Politiker die Gäste gegen sich aufgebracht.

Die Zermatter Bergbahnen pushen das Projekt der Italiener. Obwohl kein Meter der Abfahrt über Schweizer Boden führt. Vizepräsident der Zermatter Bergbahnen ist Jean-Michel Cina. Obwohl er von Tourismus nachweislich gleichwenig versteht wie von Fernsehen und Ausstandsregeln. ■

WALLIS

SRG-Präsident Cina: «Natürlich haben wir Interesse an allfälliger Übertragung»

Eine neue Abfahrt vom Klein Matterhorn nach Cervinia weckt Begehrlichkeiten. Für die Übertragungsrechte steht die SRG bereits in den Startlöchern.

Weinkrise: 2 Kilo Trauben gegen eine Flasche Wein

Die Schweizerinnen und Schweizer trinken weniger Schweizer Weine. Wer die Importe beschränken will, macht sich die Weintrinkenden zu erbitterten Gegnern. In der Roten Anneliese hatten wir frühzeitig eine neue Walliser Drogenpolitik mit folgenden Standbeinen gefordert: Reduktion der pro Quadratmeter möglichen Ernte. Investition in Marken, die auf den Weltmärkten bestehen können. Teilweiser Umstieg auf die Produktion von Haschisch, so wie man dies andernorts erfolgreich macht.

Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Wir fallen zurück in die Zeit des bereits von Karl Marx beschriebenen Tauschhandels: Ware gegen Ware. Die Walliser Weinbauern bekommen neu von den Kellereien pro 2 Kilogramm Trauben eine Flasche Wein. Innert eines Jahres werden wir hunderte von neuen Weinverkäufern haben. Ein einmaliges Marketing-Experiment. ■

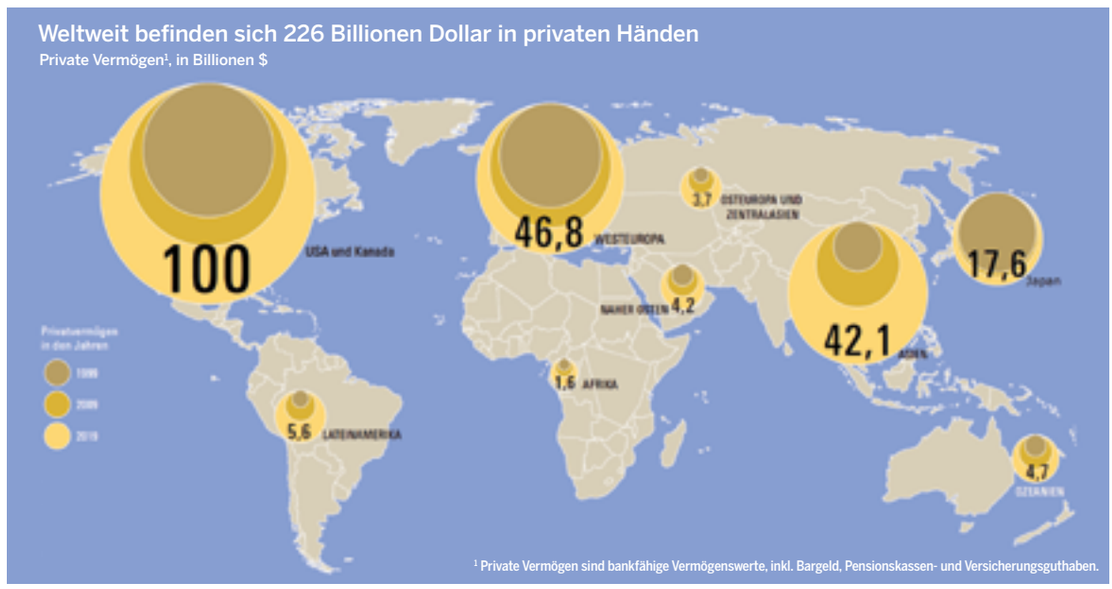
Die Welt wird ein Dorf. Die Billionen sind ungleich verteilt.

Tausend Millionen sind eine Milliarde. Tausend Milliarden sind eine Billion. Die Billionen sind weltweit ungleich verteilt. Einerseits zwischen den Ländern und Kontinenten. Und andererseits innerhalb der einzelnen Staaten. So sind die Klassenunterschiede in China noch grösser als in Europa, obwohl jenes auf dem Papier kommunistisch ist.

In Europa beträgt das Durchschnittsvermögen pro Kopf, pro Kind und Kegel heute 80'000 Franken. Das Problem: Die meisten Haushalte haben gar nichts auf der hohen Kante.

In der Schweiz gibt es viel zu viele, vorab ausländische Milliardäre. Die Wirtschaftszeitung Bilanz stellt uns jedes Jahr vor, wer wieder wie viel mehr des gesellschaftlich geschaffenen Reichtums auf seinen Konten hat.

Was Gewerkschaften und Linke leider übersehen, ist das Vermögen der Schweizerischen Nationalbank. Es beträgt jetzt pro Kopf der in der Schweiz lebenden Einwohnerinnen und Einwohner nicht weniger als 100'000 Franken. Gesamthaft nächstens also 1000 Milliarden Franken. Ein Zehntel dieses Geldes würde ausreichen, um den schnellen ökologische Umbau der Schweiz aus der Portokasse das Thomas Jordan zu finanzieren. Wie lange wird es dauern, bis es da Klick macht? ■



Gardist Oberstleutnant Jean-Pierre Bringhen, Visp (14/21).

Gestern Gardehelm – heute Aluhut

Etwas aus dem Tritt geraten ist der zackige Oberstleutnant Jean-Pierre Bringhen. Auf Facebook verbreitet er die Thesen der Aluhüte. Halten wir fest: Bisher wurden die Helme der Schweizer Garde aufwändig mit Blechen produziert. Neu kommen die Helme aus dem 3D-Drucker und sind dank Kunststoff viel leichter als die bisherigen Exemplare. Sie sind zudem kratzfest und UV-resistent. Die Frage «Sind sie auch resistent gegen Aluhüte?» konnte uns selbst Radio Eriwan nicht beantworten. ■

Ein Ablenkungsmanöver: Warum greift die SVP jetzt das Spital an?

Hätte man die Tat verhindern können?

Der Mord des Igor P. beschäftigt die Menschen. Der SVP-Anwalt der Familie des Opfers hat kläglich versagt: Warum hat er keinen Zeugenaufruf verlangt? Warum hat er nicht gegen alle Beteiligten die möglichen und notwendigen straf- und zivilrechtlichen Schritte eingeleitet? Vielleicht auch gegen das Spital.

Neu beginnen sich ausserkantonale Journalisten für dieses SVP-Versagen zu interessieren. Deshalb versucht die SVP abzulenken. Und im Walliser Boten berichtet der verlängerte Arm der Oberwalliser Reaktionäre, unser aller David Biner, über diesen Vorstoss. Einmal mehr ohne jede Hintergrundrecherche. ■

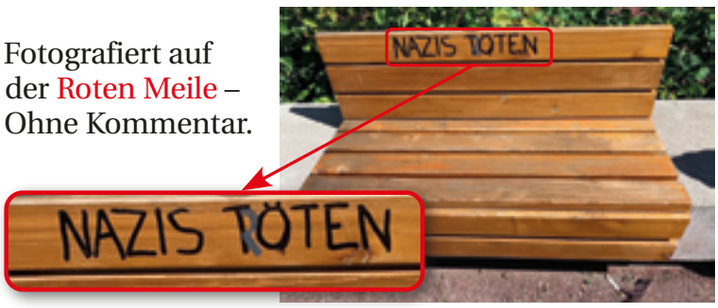
So machen Unternehmer Werbung

In Deutschland fordern die Gewerkschaften und die Linke höhere Mindestlöhne. Sie halten 12 Euro pro Stunde für richtig. Die vom Kapital bezahlten rechten Ökonomen warnen vor katastrophalen Auswirkungen, die weltweit noch nie eingetroffen sind.

Alle überrascht hat jetzt das Unternehmen Lidl mit diesem Inserat.

Wissenschaftler widerlegt. Linke könnten in Sachen Werbung etwas von Lidl lernen. Meinen wir. ■

Fotografiert auf der Roten Meile – Ohne Kommentar.



Der heitere Zwischenpunkt

Für die Lokalpoetin Jolanda Reznan galt: «Halte Mass, dann hast Du Chance.» Scheint nicht mehr so ganz aktuell zu sein.

ELEKTRO-SMOG SICHTBAR

Protest gegen 380-kV-Leitung mit „Jedi-Schwertern“

Bereits unter der 220-kV-Leitung leuchten Neonröhren ganz von selbst. (Bild: Tschepp Markus)

Aus Neon-Röhren wurden Licht- bzw. zumindest Leuchtschwerter, aus 380-kV-Freileitungsgegnern fast schon echte Jedi-Ritter. Eindrucksvoll bewiesen die „tapferen Kämpfer“ die Auswirkungen des Elektro-Smogs unter einer Hochspannungsleitung - die allerdings „nur“ 220.000 Volt Strom führt.

lastminute

IN LETZTER MINUTE ...

Der BLS-Spitze droht ein Strafverfahren

Wegen Steuergeldaffäre Das Berner ÖV-Unternehmen hat gut 70 Millionen Franken zu viel von Bund und Kantonen einkassiert. Und wegen Corona brechen die Einnahmen ein. Wie geht es mit der kriselnden BLS weiter? Die Antworten auf acht drängende Fragen.

Pikant ist, dass der Verwaltungsrat der Geschäftsleitung ein Gewinnziel von 25 bis 30 Millionen vorgegeben hat.

Kurz vor Redaktionsschluss meldet der Berner Oberländer, dass den BLS-Spitzen ein Strafverfahren droht. Es geht dabei um den Verwaltungsrat, der der Geschäftsleitung ein Ziel von 25 bis 30 Millionen Franken Gewinn vorgegeben hat. Dies auch auf Kosten des Wallis. Mitglied des Verwaltungsrates war, wie wir in der Rubrik «Dicke Eier» berichten, Jean-Michel Cina. Von 2006 bis 2015. ■

Bild: Sabine Wyna

Jean-Pierre L. D'Alpaos ist der Filmkenner im Oberwallis.

Das Filmgespräch mit Jean-Pierre L. D'Alpaos:

Undine

Erscheinungsjahr: 2020 **Regie/Drehbuch:** Christian Petzold **Besetzung:** Paula Beer, Franz Rogowski

Mit ein paar Worten erklärt Johannes seiner Freundin Undine, dass er eine andere Frau kennengelernt habe. Undine wirkt gefasst und antwortet ihm seelenruhig: «Wenn du mich verlässt, muss ich dich töten, das weisst du doch.»

«Cinéculture ist zurück. Wir bekämpfen Corona, indem wir wieder Filmkultur machen. Filmkultur findet nur im Kino statt. Wir machen Cinéculture nicht aus Spass, aber wir haben viel Spass dabei», erklärt Jean-Pierre D'Alpaos. «Deshalb starten wir am 16. September um 20.30 Uhr mit dem Film Undine. Er wird im Anschluss noch einmal am 23. September zur selben Zeit gezeigt.»

Die klassische Sage der Undine, der Jungfrau aus dem Wasser, die erst durch die Vermählung mit einem Menschen eine Seele bekommt, der aber stirbt, wenn er sie wieder verlässt, beeinflusste schon unterschiedlichste Künstler, wie zum Beispiel Ingebord Bachmann in «Undine geht». Nun widmet sich auch Regisseur und Drehbuchautor Christian Petzold in seinem Film der Sage. Die Uraufführung fand am 23. Februar 2020 im Wettbewerb der 70. Internationalen Filmfestspiele Berlin statt, wo Paula Beer als Undine den Silbernen Bären als beste Darstellerin gewann. Der Film erhielt zusätzlich den Preis der Filmkritik Berlin.

«Paula Beer hat den Preis hochverdient. Meiner Meinung nach ist Undine vielleicht der beste Film von Regisseur und Drehbuchautor Christian Petzold. Undine ist eine antike griechische Sage, und Petzold gelingt es, eine zweitausendjährige Geschichte authentisch in das Berlin 2020 zu übertragen.»

Undine trägt das Wort Wasser schon in ihrem Namen. Ihre Gesten und ihr Gesichtsausdruck sind streng kontrolliert. Die promovierte Historikerin führt Touristen durch die Berliner Verwaltung für Stadtentwicklung und zeigt ihnen Modelle, die von nichts anderem erzählen als von der rücksichtslosen Dynamik einer Metropole.

«Der Film zeichnet sich aus durch seine Langsamkeit. Das macht den Film so poetisch. Der Zuschauer hat Zeit, sich mit den Figuren zu identifizieren, auf sie einzugehen und sich einzufühlen. Es ist eine Liebesgeschichte mit grossem Tiefgang, aber ganz ohne Kitsch. Der Film ist sehr glaubhaft. Eine schöne Liebesgeschichte von Erwachsenen.»

Nachdem nun Johannes seine Freundin Undine verlassen hat, trifft diese kurz darauf in einem Café auf den Industrietaucher Christoph – und verliebt sich aufs Neue. Zwischen ihnen beginnt eine stürmische Beziehung. Sie fasziniert seine Welt unter Wasser, ihn ihre Klugheit. Doch dann trifft Undine zufällig Johannes wieder, und das Drama nimmt seinen Lauf. Die Chemie zwischen dem Schauspielerduo ist so magisch wie die Bilder des Films. ■

AGENDA

September/Oktober 2020

Kellertheater Brig

Die Vorstellungen beginnen jeweils um 20.30 Uhr

- 18.09.2020 **Fatima Moumouni & Laurin Buser** – Gold
- 25.09.2020 **Gorillas-Workshop** – Grundlagen der Improvisation
- 26.09.2020 **Gorillas-Workshop** – Grundlagen der Improvisation
- 26.09.2020 **Gorillas** – Improvisationstheater
- 03.10.2020 **William White** – Solo / Special Guest Speedy
- 09.10.2020 **Lidija Burčak** – Lidija Liest Leben
- 24.10.2020 **Zapzarap** – Hohenstein

Zeughauskultur Brig

- 17.09.2020 **Abusitz** Tommy Romero – Gentleman of Rock'n'Roll
- 22.09.2020 **Vortrag** Als Roboter Zukunftsmusik waren
- 24.09.2020 **Abusitz** New Band Project
- 27.09.2020 **Konzert** UMS'n JIP
- 01.10.2020 **Abusitz** Bierdegustation & Püürumüsig Perdrizel
- 03.10.2020 **Konzert** Amos & Sevsnite CD-Taufe
- 08.10.2020 **Abusitz** G-INA 101
- 10.10.2020 **Ausstellung** Repair Cafe
- 15.10.2020 **Abusitz** Needle & Salt Pop Rock Country No limits!

Moshpit Naters

Aufgrund der aktuellen Covid-19 Lage, müssen wir euch leider mitteilen, dass wir uns vom Moshpit Music Club entschieden haben, alle geplanten Anlässe in diesem Jahr abzusagen. Wir werden die Situation nächstes Jahr neu beurteilen und hoffen, sobald als möglich wieder Live Konzerte durchführen zu können.

Team Moshpit

Leser Brief

Liebe Leserinnen und Leser

Leserbriefe regen zum Nachdenken an und fördern die Diskussion. In der Rubrik Leserbriefe veröffentlichen wir Zuschriften, die in unser medienspezifisches Konzept passen. Möchten auch Sie gerne zu einem bestimmten Thema Ihre Meinung äussern oder auf einen Beitrag der Roten Anneliese reagieren? Dann schreiben Sie uns unter dem Betreff «Leserbrief» an: rote.anneliese@rhone.ch. Denn Ihre Meinung ist uns wichtig.

Redaktion Rote Anneliese

Abusitz im Zeughauskultur Brig.

Veranstaltungen:

In der Roten Anneliese erscheinen regelmässig ausgewählte Veranstaltungstipps für Jung und Alt. Möchten auch Sie Ihre Veranstaltung hier abgedruckt sehen? Dann schreiben Sie uns an: **rote.anneliese@rhone.ch** mit dem Vermerk «Veranstaltung».

Brig, Ganter Café Bar Deli

23. September 2020

«Ganter Cultur Café» – 50 Jahre Beatles

Der Auftakt des «Ganter Cultur Café» beginnt am Mittwoch, 23. September 2020, ab 19.00 Uhr mit einem Erinnerungskultur-Ereignis. Am 10. April 1970 gab Paul McCartney die Auflösung der Beatles bekannt. Es war ein Schock, ein musikalisches Erdbeben der Stärke 10. Diese Zäsur, dieser Einschnitt wird zum Anlass genommen, das «Ganter Cultur Café» zu eröffnen und gleichzeitig an dieses denkwürdige Ereignis zu erinnern. In einem Gespräch unterhalten sich Christoph Myter, Andreas Zurbriggen und Jean-Pierre L. D'Alpaos.

Untermalt wird das Gespräch mit Live-Performances der unsterblichen Songs der Beatles. Eigens für diesen Anlass hat die «Spirit Rock Band» Beatles-Songs unplugged einstudiert. Die «Spirit Rock Band» wird dieses Gespräch wunderbar ergänzen. Ab 19.00 Uhr Einstimmung, 20.00 Uhr Gespräch und Musik. ■

3. Oktober 2020, Perron 1

Walk-in Closet – Tauschen statt kaufen

Packt eure nicht mehr getragenen Sachen und bringt sie zur Walk-in Closet Kleidertauschbörse mit. Die Kleidertauschbörse stellt eine nachhaltige Alternative zum unreflektierten Kleiderkonsum dar, unter dem Motto: Tauschen statt Kaufen. Die Aktion ist nicht nur gut für das Portemonnaie, sondern auch für die Umwelt. Infos zu den fatalen Schattenseiten der Modeindustrie und wie ihr nachhaltig konsumieren könnt, erhaltet ihr am

Event. Und so funktioniert es: Kleiderschrank ausmisten und maximal 10 gut erhaltene und frisch gewaschene Kleidungsstücke, Schuhe sowie Accessoires mitbringen. Ab 12.30 Uhr startet die Kleiderannahme im Perron 1, ab 13.00 Uhr geht die Kleidertauschbörse los. Kleider können auch während der Kleidertauschbörse abgegeben werden. Die Börse endet um 17.00 Uhr. Der Eintritt kostet 5 Franken. ■

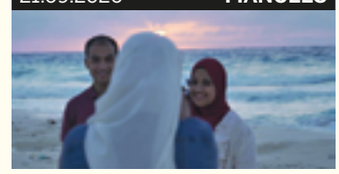
KINO

September/Oktober 2020

Kino Astoria Visp

Der besondere Film – jeweils montags um 20.30 Uhr

21.09.2020 **FIANCÉES**



Der Film begleitet drei Frauen, die sich auf ihre Hochzeit vorbereiten: eine Schauspielerin, eine Christin und eine Muslimin.

28.09.2020 **THE ROADS NOT TAKEN**

Im Film kämpft eine Frau mit dem mentalen Zustand ihres Vaters, der sich alternative Lebensrealitäten ausmalt.

05.10.2020 **BAGNOLD SUMMER**

Daniel werden die Sommerferien abgesagt. Stattdessen muss er sechs Wochen zu Hause mit seiner Mutter verbringen.

12.10.2020 **HOPE GAP**

Das Wochenende nimmt eine dramatische Wendung, als ein Vater seinem Sohn erzählt, dass er die Mutter verlassen will.

ROTE ANNELIESE **RA-Abo**

direkt zum ROTE ANNELIESE

Die RA abonnieren

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

E-Mail

Telefon

- ☐ Ich bestelle ein RA-Abo für Fr. 50.–
- ☐ Ich bestelle ein Online-RA-Abo für Fr. 40.–
- ☐ Ich bestelle ein RA-Unterstützungs-Abo für mindestens Fr. 100.–
- ☐ Ich bestelle ein RA-Mitglieder-Abo für mindestens Fr. 200.– und beantrage damit, Mitglied des Vereins Rote Anneliese zu werden.

Talon bitte ausschneiden und einsenden an:
Verein Rote Anneliese
Postfach 441, 3900 Brig-Glis

oder per E-Mail an:
rote.anneliese@rhone.ch

www.roteanneliese.ch

Violas F-35 Katze im Sack

Leider ist zu befürchten, dass die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer Ja sagt zu neuen, unnötigen Kampfflugzeugen. Die Amerikaner werden danach Viola Amherd zwingen, ihren zu teuren Schönwetterbomber, den F-35, zu kaufen. Sowohl Trump als auch Biden werden drohen, sonst Strafzölle auf Pharma-Produkte zu erheben. Was macht Viola, die nicht einmal Masken einkaufen kann? Nachgeben.

Rückblicke

Für Ueli Maurer haben wir die beste Armee der Welt. Für Viola Amherd die schnellste Armee der Welt. Wer unter Wahnvorstellungen leidet, braucht eine Therapie. In der Politik helfen ab und zu kalte Duschen.

Das Volk hat Nein gesagt zum Papierflieger Grippen, den Ueli Maurer für 3 Milliarden Franken kaufen wollte. Jetzt soll das Volk Ja sagen zu einer Katze im Sack, die 6 Milliarden kosten wird. Alles in allem aber 24 Milliarden.

Das koste uns nichts, behauptet das VBS. Wahr ist: Die Armee kostet uns jedes Jahr rund 10 Milliarden Franken, und nicht 5,5 Milliarden Franken. Weil die Wirtschaft, weil die Unternehmen und die Lohnabhängigen die Personalkosten tragen müssen.

Bei Beschaffungen hat die Armee immer wieder kläglich versagt. Zwei Müsterchen:

- Die Mowag-Lastwägelchen werden zu absurd hohen Kosten retrogefittet. Selbst SVP-Nationalrat Ueli Giezendanner hat sich vergebens aufgeregt.
- Die Mörser, die auf dem Simplon zum Einsatz kommen sollen, werden noch einmal drei Jahre Verspätung haben. Wenn sie denn je funktionieren werden.

Es fehlt im Parlament ein Helmut Hubacher, der als Parlamentarier immer wieder solche feldgrauen Unfähigkeiten medienwirksam aufgedeckt hat.

Ethanol und Maskendebakel

Die beste und schnellste Armee der Welt – zuständig für unsere Sicherheit – war auf den Pandemiefall nicht vorbereitet.

Ein Jahr vor dem Ausbruch des Corona-Virus verkaufte der Bund acht Millionen Liter Ethanol. Warum haben nicht wenigstens unsere Nachrichtendienste Alarm geschlagen? Wer schlief in welchen Büros wie selig? Ein Dokumentarfilm des Schweizer Fernsehens lässt tief blicken.

Vergleichbar waren die Zustände bei der Armeeapotheke. Man hat die Lager mit den Masken wegen der Schuldenbremse einfach nicht nachgefüllt. Und später war man nicht einmal in der Lage, eine aus China gelieferte Maskenfabrik halbwegs zeitnah zum Laufen zu bringen.

Das Rote Kreuz und Viola Amherd

Die Armee ist ein Saftladen. Dies im Gegensatz zum Roten Kreuz, dessen Logistiker hoch beweglich dem Bund helfen wollten. Ein Beispiel unter vielen:

- Thomas Büeler vom Roten Kreuz hätte am 16. März 2020 in China 2 Millionen FSP2-Masken zum Preis von 4,20 Franken für den Bund einkaufen können.
- Leider verschlampte Viola Amherd den Kauf und griff während Tagen nicht zu. Das Rote Kreuz musste vom Vertrag zurücktreten.
- Die SVP-Jungunternehmer von Emix verkauften später dem Bund für 8,90 Franken eine halbe Million FSP2-Masken. Und machten Millionen Gewinne. Sie verlegten ihren Sitz von Zürich nach Zug, um im Reich des SVP-Fraktionsvorsitzenden Aeschi weniger Steuern zahlen zu müssen. Typisch SVP.

Viola Amherd hat uns – statt dem Roten Kreuz zu danken und das eigene Versagen einzugestehen – knallhart die Wahrheit verschwiegen. Wie fast immer. ■

Der heitere Schlusspunkt:

Donald will ran an unsere Steuer-Milliarden.

Cartoon: pinterest.ch

Statt Donald Duck wird uns Donald Trump nach einer Wiederwahl die Milliarden aus der Tasche ziehen. F-35-Kampfbomber, die gar nicht starten können, ohne dass ein amerikanischer Offizier grünes Licht gibt. Hyper-Imperialismus.

PPA CH-3900 Brig-Glis DIE POST

ROTE ANNELIESE
AZB CH-3900 BRIG-GLIS | NR. 255 | SEPTEMBER 2020
Adressänderungen bitte melden bei:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis oder
per E-Mail an: **rote.anneliese@rhone.ch**

RA **Die Rote Anneliese erscheint sechs Mal jährlich.**